

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3spalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathausplatz 3. Fernsprechanchlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Die Notverordnung tritt in Kraft.

Vor neuen Kämpfen.

In dem Kampf um und gegen die Notverordnung ist eine kurze Atempause eingetreten. Die Regierung hat sich bereit erklärt, in naher Zeit über Änderungen der Notverordnung zu verhandeln und auch in den noch zu erlassenden Ausführungsbestimmungen für die Milderung von Härten Sorge zu tragen. Die Sozialdemokraten haben eine sofortige Änderung der Notverordnung verlangt, um die schlimmsten Schädigungen der Arbeiterschaft abwenden zu können. Die Unternehmer bezeichnen dagegen die Notverordnung als eine halbe Maßnahme, die absolut nicht genüge, um die drohende Wirtschaftskatastrophe aufzuhalten.

Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich von Anfang an scharf gegen die Notverordnung gewandt. Während aber die unter dem Einfluß des Zentrums stehenden christlichen Gewerkschaften ihre Stellung in den letzten Tagen erheblich änderten, haben die freien Gewerkschaften bis jetzt an ihrer Meinung festgehalten, daß die Notverordnung noch vor ihrem Inkrafttreten abgeändert werden müsse, weil sie in ihrer jetzigen Form der Arbeiterschaft neue untragbare Lasten auferlege, die weder gerechtfertigt noch zu verantworten seien. Das ist auch heute noch die Ansicht des ADGB, und der in ihm vereinigten freien Gewerkschaften. Es ist unerträglich, daß die Jugendlichen ganz aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen und nun vollkommen schutz- und hilflos der Not der Arbeitslosigkeit preisgegeben sind, daß die ohnehin kärglichen Unterstützungen noch um 10 bis 15 Prozent gesenkt werden sollen. Unerträglich ist neben vielen andern sozialen Ungerechtigkeiten auch die verhältnismäßig viel stärkere Belastung der Arbeiterschaft und der kleinen Beamten gegenüber den Besitzern der großen Gehälter und erst recht gegenüber den selbständigen Gewerbetreibenden, zu denen auch die Schwerindustrie gehören, und den Landwirten. Unterstützung der Großindustrie und des Großgrundbesitzes aus Mitteln der Arbeiterschaft und der kleinen Beamten, das ist es, worauf die Krisensteuer und Krisenlohnsteuer schließlich hinauskommt. Unerträglich ist auch die weitere Verfeinerung der Lebenshaltung durch die Zölle, während das Arbeitseinkommen ständig sinkt.

Die Abwehr der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie hat den Erfolg gehabt, daß die Reichsregierung sich zu einer Änderung der Notverordnung im Sinne der Milderung der größten Härten bereit erklärt hat, „wenn es Zeit ist“, wie Wallenstein sagte. Bis dahin muß die Arbeiterschaft die ihr aufgezwungenen Lasten tragen. Das ist sehr bitter, aber nicht zum wenigsten auch eine Folge der unseligen Septemberwahlen im verfloßenen Jahre. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat geglaubt, nicht die Verantwortung für eine Regierungskrise und, was noch schlimmer gewesen wäre, für einen Einzug der Rechtsradikalen in das Reichskabinett tragen zu können, was sicher geschehen wäre, wenn sie sich nicht mit der alles andere eher als befriedigenden Erklärung des Reichskanzlers begnügt hätte. Um ein allgemeines politisches und wirtschaftliches Chaos, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, hat sie diesen Weg beschritten, der zwar länger und steiniger ist, aber doch sicherer zum Siege der Arbeiterschaft führt als Unruhen und Bürgerkrieg.

Die nächste Aufgabe besteht nun darin, die Reichsregierung beim Worte zu nehmen und sie ständig an ihre Verpflichtung zur Revision der Notverordnung zu erinnern. Je längere Zeit über diesen Änderungen hingehört, desto schwieriger wird es, sie durchzusetzen, desto unerträglicher werden aber auch die Nöte, unter denen das Volk leidet. „Wer schnell hilft, hilft doppelt“, das gilt auch hier. Es liegt im eigenen Interesse der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen, eine schnelle und ausreichende Verminderung der Lasten herbeizuführen, die dem leidenden Volk aufgebürdet wurden. Nicht „zur gegebenen Zeit“, wie Brünning es ausspricht, sondern mit möglicher Beschleunigung muß diese Erleichterung eintreten, muß der Arbeiterschaft Arbeit und Brot verschafft werden, sonst greift die Verzweiflungseinstimmung: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“, die schon in weiten Kreisen der Arbeiterschaft herrscht, noch weiter um sich — und was wäre dann?

Für die Arbeiterschaft selbst aber ergibt sich aus all diesem die unabwiesliche Pflicht, mit allen Kräften ihre freien Gewerkschaften zu stärken, ihre Kräfte zu vermehren, um sie „zur gegebenen Zeit“ mit sicherem Erfolge in der großen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit einsetzen zu können, von der die jüngsten Geschehnisse auch nur Zeilerscheinungen sind.

Krise, Kapitalismus, Sozialismus.

Die Wirtschaftsdiskussion auf dem Leipziger Parteitag der Sozialdemokratie war der Untersuchung der Ursachen und des Charakters der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der Aufstellung wirtschaftspolitischer Forderungen für deren Erleichterung gewidmet. Fritz Larnow gelang es, in einem groß-

Gewerkschaften und Notverordnung.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich unter Beteiligung des Vorstandes des Allgemeinen freien Angestelltenbundes mit der Notverordnung vom 5. Juni eingehend befaßt. Beide Bundesvorstände verkennen nicht die Notwendigkeit, dem ganzen Volke Opfer zuzumuten, um eine Belebung der deutschen Wirtschaft und damit eine Milderung der Erwerbslosennot wie auch die Wiederherstellung des Gleichgewichtes der öffentlichen Haushalte zu ermöglichen. Die Notverordnung enthält jedoch eine derartige Häufung sozialer Ungerechtigkeiten, daß der allgemeine Widerstand der Arbeiterschaft sich ungestüm geltend machen muß. Die Folgen der praktischen Durchführung für die Wirtschaft und damit auch für die öffentlichen Finanzen würden verhängnisvoll sein. Die Gewerkschaften werden alle ihre Kräfte einsetzen, um die unbedingt notwendige Änderung der Notverordnung herbeizuführen.

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns hierzu geschrieben:

Die Reichsregierung ist des Glaubens, daß die neue Notverordnung den einzigen Weg zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes der öffentlichen Haushalte aufzeigt, den einzigen Weg, der deutschen Wirtschaft in ihrer schwierigen Lage die Ansammlung produktiven Kapitals zu ermöglichen und sie in ihrem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu unterstützen. Wenn die Gewerkschaften diesen Glauben der Reichsregierung teilen könnten, wären sie bereit, der deutschen Arbeiterschaft vorübergehend weitere Opfer zuzumuten, denn es gibt keine Schicht des deutschen Volkes, die von der Belebung der Wirtschaft und der Sicherung der Finanzen in ihrer ganzen Existenz so abhängig ist wie die deutsche Arbeiterschaft.

Aber die Gewerkschaften teilen diesen Glauben nicht. Sie sind vielmehr der entschiedenen Überzeugung, daß die Reichsregierung das Ziel auf dem von ihr eingeschlagenen Wege niemals erreichen wird. Es gibt keine dauernde Sicherung der deutschen Finanzen ohne eine vorausgegangene Belebung der deutschen Wirtschaft. Die neue Notverordnung enthält kein positives wirtschaftspolitisches Programm. In keiner der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Maßnahmen ist die Einsicht erkennbar, daß die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutsche Wirtschaft mit finanzpolitischen Maßnahmen der deutschen Regierung allein nicht behoben werden können. Auch die Ankündigung einer Revision des Young-Planes, die nur in langen Verhandlungen durchzusetzen wäre, kann der Gegenwartsnot der deutschen Wirtschaft nicht wehren. Mit keinem Wort ist von Maßnahmen die Rede, auf dem Wege internationalen Zusammenwirkens aller von der Wirtschaftskrise betroffenen Staaten einen Weg zur Gesundung der Wirtschaft zu suchen.

Die neue Notverordnung wird nicht, wie feierlich verkündet worden ist, die letzte Notverordnung sein. Sie wird es nicht sein können, weil ihren Maßnahmen der wegweisende wirtschaftspolitische Gedanke fehlt, der die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise und Finanznot zu beseitigen sucht. Die neue Notverordnung ist nur ein Versuch, auf der Linie des geringsten Widerstandes vorzugehen. Auf dem Wege einer untragbaren Belastung der armen und ärmsten Schichten des deutschen Volkes will

angelegten Referat, das den Parteitag vom Anfang bis zum Ende zu fesseln vermochte, von der Entwicklung und den Veränderungen im Wirtschaftsaufbau sowie von den wirtschaftlichen und politischen Momenten, die zur Krise führten und sie verschärften und die die Überwindung der Krise nicht gestatten, ein vortreffliches Bild zu entwerfen. Besonders gelungene Formulierungen fand Larnow für die Darstellung der Rolle des Monopolkapitalismus, der keine Organisierung der Wirtschaft selbst darstelle, die etwa geeignet wäre, die Wirtschaftsanarchie zu überwinden. „Der Monopolkapitalismus“, sagte Larnow, „organisiert Wirtschaftsbezirke, nicht die Volkswirtschaft. Er hebt die Anarchie der Gesamtwirtschaft nicht auf. Er verwandelt den ökonomischen Bürgerkrieg, Mann gegen Mann, in einen ökonomischen Bardenkrieg. Der Kriegszustand selbst bleibt aber erhalten und ist in vieler Beziehung noch zerstörender als in der freien Konkurrenz. Der Monopolkapitalismus schießt mit Granaten, wo vorher nur Flintenkugeln flogen. Er hat zweifellos zur Entstehung und Verschärfung der Krise sehr stark beigetragen, wie er auch ihren Ablauf verlangsamte.“

In der Einsicht über die Unmöglichkeit der Vermeidung von Krisen im Kapitalismus liegen große Möglichkeiten der sozialistischen Umgestaltung. Stets größere Massen gefangen durch bittere Erfahrungen zur Erkenntnis, daß ein Wirtschaftssystem, das Millionen und aber Millionen immer wieder ins Elend stürzt, nicht verdient, aufrechterhalten zu werden. Nach Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind weitere und nicht weniger scharfe kapitalistische Krisen in Sicht. Eine sozialistische Wirtschaftsordnung, und nur eine solche, kann Schutz vor der Wiederholung der wertvernehmenden Krisen bieten. Diese Erkenntnis muß dem Sozialismus neue Scharen von Kämpfern und Anhängern zuführen. So haben wir Sozialisten allen Grund, uns als Erben des Kapitalismus anzusehen. Wenn wir aber gleichzeitig Heilmittel für die Überwindung der Krise empfehlen und fordern, so gebärden wir uns gleichfalls als Ärzte dieser von uns verdamnten, ja, man kann wohl sagen, bereits von der Geschichte verurteilten kapitalistischen Wirtschaft. Larnow, der diese Frage mit voller Offenheit formulierte, gelang es, diesen Widerspruch in überzeugender Weise aufzulösen. Die schwere Doppelrolle, in die wir hineingezwungen sind, erfordert die

die Reichsregierung das Geld zusammenscharren, um das Defizit der öffentlichen Haushalte zu decken.

Die deutschen Arbeitnehmer sind ohnehin steuerlich schwerer belastet als die Arbeiterschaft in allen anderen Industriestaaten. Das Maß ihrer Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen hat längst die Grenze überschritten, die bei der Abschaffung der Reparatorenregelungen von den ausländischen Arbeitnehmern als berechtigt anerkannt worden ist. Nichtsdestoweniger hat sich die Reichsregierung dazu entschlossen, Steuern einzuführen, die die abhängige Arbeit ungleich schwerer belasten als die übrigen Kreise des Volkes. Sie müßt nicht nur denen, die noch in Arbeit stehen, weitere schwere Bürden zu, sie verkürzt auch noch das Einkommen der Arbeitslosen um 10 bis 15 v. H., das ohnehin nur zur dürftigen Fristung des Lebens reicht. In demselben Augenblick, in dem sie denen, die in den letzten Jahren immer wieder eine Einschränkung ihrer Lebensmöglichkeiten erfahren haben, den kargen Lohn und die Bezüge kürzt, gibt sie der Großlandwirtschaft und der Schwerindustrie offene oder verschleierte Subventionen. Sie schmälert die Rechte der Arbeiterschaft und stärkt durch ihren Einfluß auf die Schlichtungsorgane die rücksichtslose Politik des Unternehmertums, dessen reaktionärer Machtwill im gleichen Verhältnis wächst, wie die soziale Not und die Belastung des Arbeitsmarktes zunimmt.

Durch diese Maßnahmen wird der Wirtschaft nicht geholfen. Die dauernde Schwächung der ohnehin geschwächten Kaufkraft der breiten Volksmassen wird vielmehr nur zu einer weiteren Einschränkung der Produktion und Freisetzung von Arbeitern führen. Die Notverordnung wird das soziale Elend in Deutschland steigern.

Ihre Durchführung hat aber nicht nur sozial und wirtschaftlich verhängnisvolle Folgen, sie beschwört auch unabsehbare politische Gefahren herauf, indem sie den innerpolitischen Feinden der Deutschen Republik Zündstoff zu ihrer Agitation gegen den demokratischen Staat liefert. Die politische Unsicherheit, die durch die Notverordnung gesteigert wird, untergräbt das Vertrauen des Auslandes. Ohne Vertrauen zur Stabilität der deutschen politischen Verhältnisse und damit der deutschen Wirtschaft läßt sich aber der letzte Sinn jeder Notverordnung in der heutigen Zeit nicht verwirklichen, unserer Wirtschaft einen neuen Auftrieb zu geben, und dadurch auch die Finanzen des Staates dauernd sicherzustellen.

Die Gewerkschaften sind sich einig in der Überzeugung, daß die neue Notverordnung sowohl in ihren entscheidenden Neuregelungen wie auch durch die Fälle gehässiger und wirkungsloser Einzelbestimmungen, die eine von jedem politischen Instinkt verlassene Bürokratie in ihre Paragraphen eingeschuggelt hat, den sozialreaktionären Geist noch überbietet, der im letzten Jahr Geseßgebung und Verwaltung beherrscht. Die Gewerkschaften sind sich aber auch bewußt, daß ihr Kampf gegen diese Notverordnung nur zu positiven Erfolgen führen kann, wenn die Arbeiterschaft rücksichtslos zu ihren Organisationen steht und ausschließlich den Weisungen ihrer Führung folgt. Die Arbeiterschaft hat keine Freunde, keine wirtschaftlichen, keine politischen Bundesgenossen außerhalb ihrer eigenen Reihen. In keinem Abschnitt der Nachkriegszeit war es so notwendig wie heute, daß der Block der wirtschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, eine festgefügte, geschlossene Einheit bildet, die jederzeit zur Abwehr wie zum Angriff eingeseht werden kann.

Führung des Kampfes zur Überwindung des kapitalistischen Systems in einer Weise, daß die Wirtschaft erhalten bleibt. Kein Sozialist will das Elend sozialisieren. Und wenn, worüber Einmütigkeit auf dem Parteitag bestand, ein Zusammenbruch des Kapitalismus aus seinen eigenen Bewegungsgesetzen nicht erwartet, wenn, worüber auch Einmütigkeit bestand, auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise, so schwer sie auch sein mag, vom Kapitalismus überwunden werden kann, so würde der Verzicht auf unsere ärztliche Betätigung nicht den Zusammenbruch herbeiführen, sondern er würde nur so viel bedeuten, daß die Krisenüberwindung länger dauert und für das Proletariat mit noch größeren Opfern und Entbehrungen verknüpft ist. Larnow hat mit Recht betont, daß eine solche Stützung des Kapitalismus durch die Sozialisten mittels der Lohn- und Sozialpolitik des Proletariats schon immer und unabhängig von der Krise geübt wurde. Auch das erklärt sich aus der besonderen Lage, die das Proletariat zwingt, gleichzeitig gegen den Kapitalismus und für seinen Aufstieg im Kapitalismus zu kämpfen. Es ist wohl begreiflich, daß diese Doppelrolle einem Sozialisten innerlich schwer fallen muß, und so war auch die gefühlsmäßige Ablehnung dieser Haltung von mehreren Rednern des Parteitages begreiflich. Die Aufgabe aber, was Larnow in seinem Schlusswort unterstrich, auch die von der Opposition Petrich-Graf unterbreitete Resolution genau so wie die von Larnow eine Anzahl von Forderungen zur Erleichterung der Wirtschaftskrise enthielt — Forderungen, die sich im übrigen inhaltlich wenig von der auf dem Parteitag angenommenen Resolution unterscheiden — beweist, daß in der gegenwärtigen Zwangslage jene Doppelrolle des Erben und des Arztes unvermeidlich ist. Sie ist allerdings mit Gefahren verbunden. Mit der Gefahr der Verbürgerlichung, der Gefahr, daß bei dieser Stützung des Kapitalismus der Kampf für dessen Überwindung an Schwungkraft einbüßt, daß man in der Kleinarbeit für die Durchführung unserer Forderungen zur Rettung der Wirtschaft und zur Erleichterung des Massenelends das Ziel aus den Augen verlieren wird. Der große Anschauungsunterricht der Wirtschaftskrise mit ihrer voranschreitlich langen Dauer ist jedoch ein starkes Gegenmittel dafür, daß wir in der Routine des Kampfes untergehen, er gibt die Gewähr dafür, daß der Kampf um den Sozialismus lebendig erhalten wird.

Bei der Behandlung der Aussichten des Sozialismus legte Larnow das Hauptgewicht auf die Feststellung, daß die Abhängigkeit der kapitalistischen Wirtschaft vom Staate immer stärker und damit der gesellschaftliche Einfluß auf die Wirtschaft immer größer wird. Er fügte hinzu, daß mit der Demokratisierung der Staaten auch der Einfluß des Proletariats in der Wirtschaft wächst. Die gesellschaftliche Wirtschaftspolitik nimmt zu, und es wächst auch der nichtkapitalistische Sektor der öffentlichen und gesellschaftlichen Wirtschaft. Er betont weiter bei dieser Behandlung der Aussichten des Sozialismus, daß der innere Strukturwandel im Kapitalismus, das Zurückdrängen des individuellen Unternehmertyps durch gebundene Unternehmerformen auch auf dem Wege von der privatkapitalistischen zur gesellschaftlichen Wirtschaft liegen, des weiteren aber, daß die sozialen Funktionen des Staates gegen früher schon außerordentlich groß geworden sind.

Diese Tatsachen stehen fest, sie enthalten jedoch schwerwiegende Probleme, die den Kampf um die politische Macht betreffen. Wenn Larnow hervorhebt, daß die Abhängigkeit der kapitalistischen Wirtschaft vom Staate immer größer wird, so bedeutet zwar diese Tatsache an sich die Erleichterung der sozialistischen Umgestaltung in der Zukunft, auf der anderen Seite bietet sie auch die Möglichkeit der Befestigung des Kapitalismus und der Erhöhung der Ausbeutung. In den ganz- und halbfaschistisch regierten Ländern, wie in Italien oder Ungarn, hat der Staat eine früher ungeahnte Macht über die Wirtschaft gewonnen, die aber ausschließlich im Interesse des Kapitals und gegen die Arbeiterklasse ausgenützt wird. In Österreich ist zur Zeit die seltsame Lage vorhanden, daß der Staat durch Übernahme der Aktien der kürzlich zusammengebrochenen Kreditanstalt drei Viertel der österreichischen Großunternehmungen beherrscht. Man könnte wohl dort von einer gewaltigen Steigerung des „sozialisierten Sektors“ sprechen, und trotzdem wird diese erhöhte Macht des Staates nicht etwa für eine sozialistische Umgestaltung, sondern zur Stützung des Kapitalismus gebraucht. In Deutschland, dafür liefert die dritte Notverordnung mit ihren Ungehörlichkeiten den Beweis, wird die steigende Macht des Staates über die Wirtschaft zur Zeit zur Stützung der kapitalistischen Kräfte gegen die Lebensinteressen des Proletariats mißbraucht. Larnow wollte diese Möglichkeit des Mißbrauchs der Staatsmacht sicherlich nicht in Zweifel ziehen. Die Verwendung der Staatsmacht für die Zwecke des Kapitalismus weist auf die Unvermeidbarkeit schwerer Klassenkämpfe hin, wenn die Macht des Proletariats — die Vorbedingung dafür, daß die Staatsmacht nicht dem Kapitalismus, sondern den Gesamtinteressen der Gesellschaft dient — verstärkt werden soll. Während nun auf dem Parteitag im wesentlichen Einmütigkeit über die Krisenursachen und die Forderungen für die Krisenbekämpfung, damit auch Einmütigkeit über jene Doppelrolle des Erben und des Arztes bestand, regten sich die Zweifel hinsichtlich der politischen Frage der Führung des Klassenkampfes. In der Tat geriet die Partei in eine recht verzweifelte Lage. Die dritte Notverordnung, die auf dem Parteitag noch nicht vorlag, und die die schlimmsten Erwartungen noch weit übertraf, hat die schwierigen Schwierigkeiten dieser Lage ins schärfste Licht gerückt. Auf der einen Seite liegt in dieser Notverordnung ein Mißbrauch der Staatsgewalt vor, die ihre Macht in den Dienst eines reaktionären Kapitalismus stellt. Auf der anderen Seite die Gefahr, daß nach Beseitigung dieser Regierung eine andere, noch reaktionärere kommt, die wirtschaftlich und sozial noch schädlichere Politik führen, darüber hinaus aber die demokratischen Grundrechte, die heute wenigstens den Kampf gegen die reaktionären Mächte ermöglichen, unterdrücken wird. Von dieser Demokratie schrieb kürzlich Otto Bauer, daß sie uns zwar nicht vor Arbeitslosigkeit, Lohndruck und Sozialreaktion schützt, uns jedoch wenigstens die Freiheit gibt, für unsere Sache zu werben, zu organisieren, zu kämpfen, und er beruft sich auf das Wort von Viktor Adler: „Die Demokratie ist wie die Luft — man kann von der Luft nicht leben, aber ohne die Luft kann man erst recht nicht leben.“ Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß die verzweifelte Massen eine weitere Isolierung der Brüningschen Reaktion nicht begreifen, ihr Vertrauen zur Sozialdemokratie verlieren und sich entweder vom Kampf um den Sozialismus zurückziehen oder aber den Lockungen des Antisozialismus erliegen würden. Mit abwägendem Verstand, Kühn und entschlossen dem sozialreaktionären Angriff zu begegnen, ist die schwere Aufgabe der Stunde.

Die Arbeitslosenversorgung in der Notverordnung.

Die Regelung, die die Arbeitslosenversorgung in der Notverordnung findet, ist von einer außerordentlichen Härte. Dies gilt sowohl von der heute völlig funktionslosen Beseitigung der notwendigen Schutzfrist für den Facharbeiter wie von der Einschränkung der Pflichtarbeit für alle Arbeitslosen und der Beseitigung der bisherigen Schranken für die Pflichtarbeit in einer Zeit, wo Millionen nach Arbeit schreien. Das gilt ebenso für die Wieder-einstellung der Bestimmungen, daß die Lohnklasse sich nicht aus den letzten 26, sondern aus den letzten 13 Wochen berechnet. Diese 13wöchige Berechnungsperiode war früher eine sehr vernünftige Regelung. Heute führt man sie jedoch nur deshalb wieder ein, weil dadurch immer die letzten Lohnentgelte auch die Lohnklasse senken. Es ist die Bestimmung, wonach der Besizende an dem Lohn, den der Arbeiter in der letzten 13 Wochen erhalten hat, die Lohnklasse bestimmen, nämlich dann, wenn sonst etwa noch ausnahmsweise einmal eine höhere Lohnklasse herauszupringen könnte. Kleinstens ist die Bestimmung, daß verheiratete Frauen nur unterstellt werden können, wenn ihre „Bedürftigkeit“ feststeht, obwohl der gleiche Zweck schon bisher weitgehend durch den § 7a und durch die Berechnung des Einkommens der Ehegatten erreicht wurde. Verheiratete sind in die Bestimmung, die künftig den Anspruch auf das Arbeitslosengeld bezieht, damit dieses als Pfandbesitz dem Hausbesitzer zuliebe rückständige Mietbeiträge von der Lohnklasse unberücksichtigt erklärt und ebenfalls für gekürzten Unterhaltungsbeitrag, Wohn- und Arbeitslosengeld vermindert ist, daß künftig alle auf Grund des Betriebsratsgesetzes gezahlten Entschädigungen und Abfindungen voll auf die Unterhaltungen anzurechnen sind.

Kleinstens und kurzfristig ist die Bestimmung, wonach Krisenunterstützung zurückgezahlt werden darf. Kein Mensch glaubt, daß von den Millionen armer Leute, die mehr als ein halbes und oft mehr als ein Jahr arbeitslos sind, je die Krisenunterstützung zurückgezahlt wird oder werden kann. Der Vater dieses Gedankens hätte sich einmal bei den Wohlfahrtsämtern informieren sollen, wieviel Wohlfahrtsunterstützung tatsächlich wieder zurückgezahlt wird.

Um die Finanzierung der Arbeitslosenversorgung handelt es sich. Die Entwidlung des Arbeitsmarktes läßt vermuten, daß bei einem Beitrag von 6,5 v. H. in der Arbeitslosenversicherung ein Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 1931 von etwa 400 Millionen Mark entsteht, die an den Ausgaben einzusparen wären. Dieses Ziel will die Notverordnung erreichen. Vom 1. Juli bzw. für die bisherigen Bezüge vom 13. Juli dieses Jahres an soll allen Arbeitslosen die Unterstufung ungebührlich gekürzt werden. Für die mehr als drei Millionen Bezüger von Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge auf dem Wege über die Veränderungen der Arbeitslosenversicherung, für die eine Million Wohlfahrtsunterstützter auf dem Wege über Eingriffe des Reichs in die Fürsorgepflichtverordnung. Diese Ersparungen sollen dadurch herbeigeführt werden, daß die Unterstufungskurve sowohl in der Arbeitslosenversicherung wie in der Krisenfürsorge um 8 bis 15 v. H. heruntergesetzt werden. Die erste Erklärung der Regierung hatte irreführenderweise von einer „fünftprozentigen Kürzung des Einheitslohnes“ geredet. Tatsächlich senken sich die Unterstufungssätze in folgender Weise:

Lohnklasse	Einheitslohn RM.	Bisherige Sätze		Neuige Sätze		Mitteln weniger RM.
		Prozent vom Einheitslohn	RM.	Prozent vom Einheitslohn	RM.	
I	8,—	75	6,—	70	5,60	0,40
II	12,—	65	7,80	60	7,20	0,60
III	16,—	55	8,80	50	8,—	0,80
IV	21,—	47	9,87	42	8,82	1,05
V	27,—	40	10,80	36	9,45	1,35
VI	33,—	40	13,20	35	11,55	1,65
VII	39,—	37,5	14,63	32,5	12,67	1,96
VIII	45,—	35	15,75	30	13,50	2,25
IX	51,—	35	17,85	30	15,30	2,55
X	57,—	35	19,85	30	17,10	2,75
XI	63,—	35	22,05	30	18,90	3,15

Auch in Krisenzeiten

folgst Du für Deine Organisation werden. Gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs und der mühseligen Verhältnisse folgst Du Dich als tätiges, überzeugtes Verbandsmitglied erweisen. Mehr als je braucht der Verband gerade jetzt Deine Mitarbeit. Um den immer schärfer werdenden Vorstößen der Sozialreaktionäre und der Unternehmer erfolgreich entgegenzutreten zu können, um die immer unerträglicher werdenden sozialen Belastungen mildern zu können, brauchen wir starke, einige, einflussreiche Organisationen als Sachwalterinnen der Arbeiterinteressen. Jede Spaltung der Arbeiterorganisationen verringert die Erfolgsmöglichkeiten, jedes neue Mitglied, das Du uns zuführst, stärkt unsere Stellung der Reaktion gegenüber. Denke daher stets daran, daß Du nicht nur in wirtschaftlich günstigen Zeiten für Deinen Verband werben folgst! Auch in der Wirtschaftskrise und gerade in der Krise

ist Agitation notwendig!

Da die Sätze für die Zuschlagsempfänger in derselben Höhe wie bisher bleiben, würde der in der Tabelle gezeigte Abzug in gleicher Höhe Ledige und Familienväter treffen. Er trifft natürlich auch die Unterstufen, die nach § 105a (Senkung der Lohnklasse, wenn in den letzten 52 Wochen Unterstufung bezogen wurde) die gekürzte Unterstufung beziehen, ebenso die Krisenunterstützten.

Hinzu kommt, daß die Wartezeit ganz allgemein um eine Woche auf 14 Tage resp. 21 Tage verlängert wird, für kinderreiche Familien (vier und mehr Zuschlagsempfänger) von drei auf sieben Tage, und daß sich bei vorausgegangenem Kurzarbeit künftig die Lohnklasse dadurch senkt, daß nur Arbeitszeitverkürzungen bis auf weniger als 40 Arbeitsstunden vollgerechnet werden. Weiter tritt hinzu, daß grundsätzlich die Unterstufung für Jugendliche bis zu 21 Jahren befristet wird, sofern ihnen ein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht. Betroffen werden von letzterem mehr als 120.000 Unterstufungsempfänger im Alter bis zu 21 Jahren.

Noch unangenehmer ist die Regelung der Unterstufung bei den sogenannten Saisonarbeitern. Obwohl praktisch der früher gewohnte Begriff des Saisonarbeiters infolge der Wirtschaftskrise überhaupt fast völlig verloren ging, soll für mehr als ein Drittel aller Unterstufungsbezieher die Unterstufung noch weit über das oben dargelegte Maß hinaus verkürzt werden. Tatsächlich ist von einer Saisonarbeitslosigkeit überhaupt nicht mehr die Rede. Es ist auch falsch, anzunehmen, daß Saisonarbeiter einen besonders hohen Lohn beziehen. Betroffen ist eine ganze Reihe von Berufen. Erinnert sei nur an die Steinarbeiter, die gesamte Ziegelindustrie, Eisenbahnarbeiter, Landarbeiter usw. Alles das sind Berufe mit geringen Löhnen und mit einer auch zur Zeit beispiellos hohen Arbeitslosigkeit. Den Erwerbslosen all dieser Berufsgruppen glaubt man zu können, daß vom 13. Juli an ihre Bezüge um zum Teil 40 bis 50 v. H. gesenkt werden. Während bisher der Saisonarbeiter nur in der Zeit der sogenannten beruflichen Arbeitslosigkeit, d. h. für eine Spanne von 3½ Monaten im Jahre, die reduzierte Saisonarbeiterunterstützung erhielt, soll er jetzt während des ganzen Jahres, also auch dann, wenn er in der Zeit der eigentlichen höchsten Saisonarbeitslosigkeit arbeitslos ist, nur die reduzierte Sätze erhalten. Obendrein werden diese Sätze noch erheblich verschlechtert gegenüber den bisher in der Saisonarbeiterunterstützung geltenden Sätzen. Welche Abstriche man den Angehörigen dieser Berufe zumutet, zeigt die folgende Tabelle:

Ledige.

Lohnklasse	Bisheriger Lohn	Wird Lohnklasse	Gezahlt werden	Mitteln weniger
	RM.		RM.	RM.
V	24—30	IV	fast 10,80 nur 8,82	1,98
VI	30—36	IV	- 13,20 - 8,82	3,38
VII	35—42	V	- 14,63 - 9,45	5,18
VIII	42—48	V	- 15,75 - 9,45	6,30
IX	48—54	VI	- 17,85 - 11,55	6,30
X	54—60	VI	- 19,85 - 11,55	8,30
XI	über 60	VI	- 22,05 - 11,55	10,50

Verheiratete mit zwei Kindern.

VI	30—36	V	fast 18,15 nur 13,50	4,65
VII	36—42	VI	- 20,43 - 16,50	3,93
VIII	42—48	VI	- 22,50 - 16,50	6,—
IX	48—54	VII	- 25,50 - 18,52	6,98
X	54—60	VII	- 28,50 - 18,52	9,98
XI	über 60	VII	- 31,50 - 18,52	12,98

Darüber hinaus wird jede Rechtsgarantie für die Versicherungsleistung grundsätzlich dadurch beseitigt, daß künftig der Vorstand der Reichsanstalt die Pflicht haben soll, Einnahmen und Ausgaben durch selbständige Beschlüsse auszugleichen. Er soll ermächtigt sein, gegebenenfalls den Beitrag zu ändern und die Unterstufung noch weiter zu verschlechtern. Er hat nur für seine Beschlüsse eine Grenze: er darf die Unterstufungsleistung nicht unter die Sätze der Krisenunterstützung senken. Er darf auch die Höchstdauer der Unterstufung kürzen. Man will für die Zukunft den Streit über die Höhe der Versorgung der Arbeitslosen loslösen von den

politischen Instanzen und sie verlagern in die geheimen Sitzungen des Vorstandes der Reichsanstalt. Eine bequeme Maßregel, wenn nicht Millionen von Arbeitslosen das Opfer wären.

So weit die wesentlichen Bestimmungen der Notverordnung. Es sind nicht alle. Hinzu kommt die Pflicht, die Heimarbeit weitgehend aus der Versicherung herauszubringen.

Diese Bestimmungen sollen im laufenden Haushaltsjahr (bis Ende März 1932) eine Einsparung von etwa 400 Millionen Mark ergeben. Das angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage und Finanzlage Opfer gebracht werden müssen, verkennt niemand. Aber das Opfer muß ein allgemeines sein. Diesen Weg geht die Notverordnung nicht. Sie belastet völlig einseitig Arbeiter und Beamte und sucht den Weg über eine einfach unmögliche Beschränkung der Sozialleistungen. Am meisten belastet sie die Millionen von Arbeitslosen, die Opfer einer von den Unternehmern betriebenen falschen Wirtschaftspolitik. Die Notverordnung schont auf der anderen Seite den Besitz, den sie zum Teil noch durch neue Subventionen unterfüttert. Sie läßt die Landwirtschaft in weitem Umfang krisenfeuerfrei und läßt die Arbeitslosen der Landwirtschaft außerdem weitgehend durch die Beiträge der Industrie- und Gewerkschaften unterstützen, um zu gleicher Zeit eine gesamtwirtschaftlich immer verhängnisvollere Schutzpolitik zugunsten der Landwirtschaft zu treiben. Glaubt die Reichsregierung wirklich, auf diesem Wege die schwierige Lage Deutschlands überwinden zu können? So geht es nicht. Die Arbeitslosenversorgung läßt sich anders regeln, als die Bestimmungen der Notverordnung es wollen.

Unser Jahrbuch 1930.

Dieses Jahrbuch schließt sich den früheren Jahrbüchern würdig an. Wie immer, ist auch im Jahrbuch für 1930 eine reiche Fülle von Material enthalten, das jedem in der Gewerkschaftsarbeit stehenden Kollegen ein wertvoller Helfer zu sein vermag, aber auch allen anderen Mitgliedern sehr viel bietet.

Wie in früheren Jahren, so ist auch jetzt wieder ein umfangreiches Kapitel der Betrachtung der Wirtschaftslage im Jahre 1930 gewidmet. Gewerkschaftsarbeit und Wirtschaftsleben stehen ja in so vielfältigen und engen Beziehungen, daß der Funktionär einer gewerkschaftlichen Organisation nie genug über die Vorgänge und über die Zusammenhänge im Wirtschaftsleben wissen kann. So findet das tätige und interessierte Mitglied in der Wirtschaftsbetrachtung in unserem Jahrbuch denn auch eine Unmenge von Tatsachen und Beobachtungen zusammengetragen, die der Funktionär in seinen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmer ebenso wie im Verkehr mit den Mitgliedern, denen er Rat, Auskunft, Belehrung zuteil werden lassen soll, verwenden kann. Das wird schon ersichtlich aus den vielen Überschriften der einzelnen Abschnitte, die ein Bild des reichen Inhalts dieses ersten Kapitels unseres Jahrbuches bieten: Löhne, Lebenshaltungskosten, Reichsbank, Kapitalbeschaffung, Auslandsanleihen, Produktionszahlen, Ernteeintrag, Agrarkrise, Konkurrenz, Arbeitslosigkeit. Es sind also alle Erscheinungen des Wirtschaftslebens berücksichtigt, die für den Gewerkschaftsfunktionär nur einigermaßen von Bedeutung sind. Daß diese zusammenfassende Darstellung für das Krisenjahr 1930 von besonderer Wichtigkeit ist, bedarf wohl keiner weiteren Bemerkung.

Ein besonderes Kapitel beschäftigt sich mit der Wirtschaftslage in den einzelnen Industrien unseres Verbandsgebietes. Die Kenntnis der Wirtschaftslage ist ja für die Beurteilung der Erfolgsmöglichkeiten unserer Arbeit von ausschlaggebender Wichtigkeit, und so wird nach der Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Industrien erst klar, warum auch in der Lohn- und Tarifpolitik manches gerade so und nicht anders geregelt werden mußte. Selbstverständlich wird in diesen Berichten auch unsere gewerkschaftliche Tätigkeit in den Industriegruppen eingehend geschildert.

Der Bericht über die organisatorische Entwicklung unseres Verbandes wird ebenfalls für alle Funktionäre und Mitglieder von sehr großem Wert sein. Wie in früheren Jahren, so werden auch jetzt wieder Mitgliederbewegung, Mitgliederbestand, durchschnittliche Mitgliederzahl und Markenumsatz, Mitgliederbewegung und Beitragsleistung in den Gauen, Änderungen im Zahlstellenbestande und die korrespondierende Tätigkeit des Hauptvorstandes dargestellt und mit vielen Tabellen veranschaulicht. Obwohl den Mitgliedern vieles, was in diesem Abschnitt gefaßt wird, schon aus eigenem Erleben und aus eigener Beobachtung bekannt sein wird, werden sie diese kurze zusammenfassende Schilderung der organisatorischen Entwicklung unseres Verbandes dennoch begrüßen, weil in ihr alles ohne viel Mühe zu finden ist, was im vergangenen Jahr von Bedeutung für die zahlenmäßige Entwicklung der Organisation war.

In diesem Jahr ist auch ein Bericht der Redaktionen unserer Verbandsorgane im Jahrbuch enthalten. Die Bedeutung der Presse für das Gewerkschaftsleben steht ja außer allem Zweifel, und daß auch unsere Zeitungen sich mit bestem Erfolge bemühen, dieser Bedeutung gerecht zu werden und sie zu steigern, geht aus diesen Berichten hervor.

Daß unsere Bildungsarbeit an den Mitgliedern auch im Jahre 1930 weitere Fortschritte machte, zeigte schon die wachsende Zahl der Teilnehmer an den Weniger Kursen. An den 14 Kursen im Jahre 1930 nahmen 430 Kollegen und 47 Kolleginnen teil. Leider gestatten Zeit und Raumverhältnisse in der Schule nicht, noch mehr Schüler zuzulassen, und so konnten auch im vergangenen Jahre 429 Bewerber zu den Kursen nicht berücksichtigt werden. Die Belastung, die unsere Vorstandsmitglieder mit der Lehrtätigkeit an der Schule auf sich nehmen, ist aber zweifellos von bestem Erfolge für unsere Organisation begleitet.

Der Bericht der Betriebsräteabteilung zeigt, daß die Erfolge der kommunistischen Gewerkschaftschädlinge bei den Betriebsrätewahlen bei weitem nicht so groß waren, wie die APD-Presse in die Welt hinausposaunte. Gegen 18.678 Mitglieder der Betriebsvertretungen, die unserem Verbands angehören, stehen 252 Anhänger der kommunistischen Gewerkschaftsopposition. Ferner wird in diesem Kapitel ausführlich über die bedeutungsvolle Arbeit der Betriebsräteabteilung und über die Forderungen der freien Gewerkschaften zur Verbesserung des Betriebsratsgesetzes berichtet.

Aber die günstigste Entwicklung der Gewerkschaftsarbeit unter der Fabrikarbeiterschaft gibt das nächste Kapitel einige Aufschlüsse.

Es folgen die Berichte der Gauleiter über die Wirtschaftslage und die Tätigkeit der Organisation in ihren Gauen, das Kapitel Agitation unter den Kolleginnen, in dem über die erfolgreiche Arbeit des Frauensekretariats berichtet und auf die Wichtigkeit hingewiesen wird, die die Gewinnung von weiblichen Mitgliedern und die Heranbildung von tüchtigen, zuverlässigen Funktionärinnen für den Verband haben. Es ist gewiß oft schwierig, die Fabrikarbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, aber bei der steigenden Zahl der im Erwerbsleben stehenden Frauen ist dies Problem für den Verband so wichtig, daß auch die auftauchenden Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Der Bericht der Revisionsabteilung, das Kapitel Die Angelegenheiten im Verbands- und der Kassenericht schließen sich an. Der Kassenericht macht besonders ersichtlich, wie gesund die finanziellen Grundlagen unseres Verbandes sind, dank der Einsicht unserer Mitglieder und nicht zuletzt auch der vortrefflichen Führung der Kassengeschäfte. Die Darlegungen über die Unterstützungs-einrichtungen zeigen, daß von einer Gesamtausgabe von über 28 000 000 Mark fast 10,5 Millionen in der Form von Unterstufungen an die Mitglieder zurückflossen. Das ist eine gewaltige Summe, die den nothleidenden Kollegen und Kolleginnen sicher eine gewaltige Hilfe war. Und wie groß die Not war, die unter unseren Mitgliedern herrschte, ist aus dem Bericht über die Arbeitslosigkeit in unserem Verbandsgebiet zu sehen. Sehr wichtig und aufschlußreich ist auch der Abschnitt, der dem Reichstisch gewidmet ist. Wieviel materielle und ideale Vorteile hat nicht gerade auch die Reichstischabteilung den Mitgliedern erkämpft mit ihrer geschulten juristischen Vertretung der Interessen unserer Mitglieder.

Wieviel die Organisation trotz schwerster Wirtschaftskrise zu leisten vermochte, wie erfolgreich sie die meisten Vorstöße der Unternehmer auf die Löhne und Tarife, auf die Arbeitsbedingungen überhaupt abzuwehren wußte, darüber ist in den Kapiteln „Unsere Lohnbewegungen“ und „Unsere Tarifverträge“ sehr wertvolles Material enthalten.

In den letzten Abschnitten wird der Young-Plan einer kurzen Betrachtung unterzogen; dann folgt eine ausführliche Darstellung der Reichstagsereignisse des letzten Jahres, besonders über Auflösung des Reichstags, Lohnabbau, Sozialpolitik, Neuwahl, Notverordnung wird eingehend berichtet. Mit einem Schlusswort des Kollegen Brey schließt das Jahrbuch ab.

Diese kurzen Hinweise auf den Inhalt des Jahrbuchs sollen die Funktionäre und Mitglieder nicht der Mühe entheben, das Jahrbuch selbst zu lesen. Die einzelnen Kapitel des Jahrbuchs stehen in logischem, innerem Zusammenhang. Also darf das Studium sich nicht nur auf einzelne Abschnitte beschränken. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß für eine Sache nur der erfolgreich arbeiten kann, der ihr innerstes Wesen kennt. Und für das aktive, bewußt arbeitende Mitglied ist ein ernstes, aufmerksames Studium des Jahrbuchs unerlässlich, ist Kenntnis des darin aufgeschriebenen wertvollen Materials unumgänglich notwendig.

Nahrungsmittel-Industrie

Aus der niederrheinischen Öl- und Margarineindustrie.

In der Öl- und Margarineindustrie am Niederrhein haben sich in letzter Zeit Zustände entwickelt, die auf die Dauer unhaltbar sind. Die Betriebe in Kleve, Boch und Spynk gehören zu der Margarine-Unilever. Es ist bekannt, daß gerade die Konzernbetriebe in ihren Leistungen immer gegeneinander ausgespielt werden. So ist es auch hier. Nicht nur, daß die Leistungen durch die technische Umstellung in den Betrieben gewaltig gesteigert werden, sondern auch die Arbeitskraft des einzelnen wird immer mehr ausgenutzt.

In allen Betrieben der Margarine- und Ölindustrie am Niederrhein wird seit langer Zeit kurzgearbeitet. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt für den geringeren Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen 40 Stunden pro Woche, für viele nur 36 Stunden, und ein größerer Teil arbeitet zum Teil nur 24 bis 30 Stunden. Trotz dieser starken Einschränkung der Arbeitszeit wird in den Betrieben danach gedrängt, die Arbeitsleistung immer mehr zu steigern. Die Leistungen sind derart auf die Spitze getrieben, daß namentlich in den Margarinefabriken gegenwärtig bei verkürzter Arbeitszeit zum Teil mehr produziert wird als früher bei Vollarbeit.

Eine Konferenz sämtlicher Betriebsräte der niederrheinischen Öl- und Margarineindustrie befaßte sich mit diesen Zuständen. Von allen Beteiligungen wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Zustände, wie sie sich entwickelt haben, unerträglich sind. Ein großer Teil der Arbeiter arbeitet seit langer Zeit nur 24 bis 30 Stunden pro Woche. Das wöchentliche Einkommen ist dadurch derart geschmälert, daß es zum Leben nicht ausreicht. Die Leistungen aber sollen immer noch mehr gesteigert werden. Die Arbeitererschaft befindet sich infolge dieser Zustände in geradezu verzweifelter Stimmung.

Die in Frage kommenden Betriebe gehören zu dem großen Margarine- und Ölkonzern, der mit einem Kapital von 2,4 Milliarden Mark arbeitet. Trotz der nicht gerade günstigen Wirtschaftslage konnte dieser Konzern für das Jahr 1930 eine Dividende von 10 Prozent verteilen. Der tatsächliche Reingewinn ist nach vielen Abschreibungen und Rückstellungen so hoch, daß man 17 Prozent Dividende hätte verteilen können. Auch sonst ist die Gesellschaft sehr gut fundiert.

Mit Recht wurde in der Konferenz gesagt, daß eine Gesellschaft, die so gut fundiert ist und die bei ihrem Absatz in erster Linie auf die große Masse der Verbraucher angewiesen ist, alle Ursache hätte, dafür zu sorgen, daß die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auch einigermaßen leben können. Die beteiligten Verbände wurden ersucht, bei der Konzernleitung Schritte einzuleiten, damit diese unhaltbaren Zustände beseitigt werden. E. S.

Unfallchuz in der Zuckerindustrie.

II.

Im Bereich der Zucker-Berufsgenossenschaft sind im Jahre 1930 insgesamt 3757 (4178) Unfälle gemeldet, von denen 388 (449) als entschädigungspflichtig anerkannt wurden.

39 (82) Unfälle hatten den Tod zur Folge; 185 (200) Unfälle ereigneten sich auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle. Bei den gemeldeten Unfällen ist also, trotz Erhöhung der Beschäftigtenzahl, ein Rückgang gegenüber dem Vorjahre eingetreten. Das ist sehr erfreulich. Auch bei den als entschädigungspflichtig anerkannten Unfällen ist ein Rückgang zu verzeichnen. Damit ist nicht gesagt, daß die eingetretenen Unfälle nun milder schwer waren als im Vorjahre. Vielleicht ist hier das Bestreben, an Rente zu sparen, in erster Linie ausschlaggebend gewesen. Die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang ist dagegen um 7 höher als im Vorjahre. Das beweist, daß die Unfälle trotz geringerer Zahl schwerere Folgen hinterlassen haben als im Vorjahre. Mit der zunehmenden Maschinisierung der Industrie steigt auch die Gefahr, daß die eingetretenen Unfälle schlimmere Folgen zeitigen.

Nach dem Bericht entfielen auf 1000 versicherte Personen:

gemeldete Unfälle	42,41 (48,70)
entschädigte Unfälle	4,38 (5,23)
tödliche Unfälle	0,44 (0,37)

Diese Zahlen sind ebenfalls wesentlich günstiger als im Vorjahre, nur die Unfälle mit tödlichem Ausgang sind auch prozentual ungünstiger. Der Bericht konstatiert mit Befriedigung eine Senkung der gemeldeten und der entschädigten Unfälle. Diese sei erreicht, obwohl die Betriebsgefahr dadurch erhöht ist, daß in dem Betrieb durchweg in drei Schichten gearbeitet sei, weil viele Neulinge in den Betrieb kamen. Darüber kann man auch anders denken. Bekanntlich wird die Unfallgefahr durch lange Arbeitszeit bedeutend erhöht. Man kann also schon folgern, daß die Dreischichtarbeit, die im letzten Jahre in größerem Umfange durchgeführt ist als sonst, die Unfallgefahr vermindert hat.

Nazi - Arbeiter - Faulenzer.

„Millionen Faulenzer gehen kempeln, weil das bequemer ist als zu arbeiten. Das ist die Freiheit und Würde, die man dem Volke versprochen hat, von dem angeblich alle Gewalt ausgehen soll.“

Nationalsozialistische „Lausitzer Landeszeitung“ Nr. 120, vom 26. Mai 1931.

Von den entschädigungspflichtigen Unfällen ereigneten sich:

auf dem Hofe	73 (110)
in Zuckerhäusern (darunter an Zentrifugen 13 [9])	67 (71)
in den übrigen Fabrikräumen	67 (57)
in Lagerräumen	36 (28)
in Trocknungsanlagen	21 (13)
in Kesselhäusern	18 (38)
außerhalb des Fabrikgrundstücks	17 (20)
in Rübenschwämmen und Waschküchen	15 (18)
auf den Schnitzelböden	14 (11)
in Schlammpressenräumen	10 (11)
in Kalkofengebäuden	9 (8)
in Werkstätten	7 (19)
in Nebenbetrieben	6 (7)

Nach dieser Aufstellung stehen die Unfälle auf dem Hof der Zahl nach an erster Stelle. Hier droht also in der Zuckerindustrie die stärkste Unfallgefahr. An zweiter Stelle stehen die Unfälle in Zuckerhäusern. In den Zuckerhäusern allein ereigneten sich ebenso viele Unfälle wie „in den übrigen Fabrikräumen“. Das zeigt, daß das Zuckerhaus eine der gefährlichsten Arbeitsstellen ist. Ferner droht eine erhebliche Unfallgefahr in den Lagerräumen. Auf die Arbeitsstellen, die die höchsten Zahlen der entschädigungspflichtigen Unfälle aufweisen, müssen unsere Vertrauensleute ihr besonderes Augenmerk richten.

Es wurde versucht, für eine Anzahl Unfälle die Ursachen festzustellen. Es waren zurückzuführen auf:

mangelhafte Betriebseinrichtungen	3 (5)
fehlende oder ungenügende Schutzvorrichtungen	5 (4)
Ungechicklichkeit, Unachtsamkeit, Unüberlegtheit	20 (22)
Handeln wider Vorschriften und Anweisung	7 (4)
unvermeidliche Betriebsgefahr	43 (42)
höhere Gewalt, Zufälligkeiten, Witterungseinflüsse	22 (25)
Schuld von Mitarbeitern oder anderen Personen	4 (4)

entschädigungspflichtige Unfälle. Die meisten Unfälle werden auf unvermeidliche Betriebsgefahren zurückgeführt. Über den Begriff „unvermeidliche Betriebsgefahr“ läßt sich streiten. Das Arbeitstempo und manche anderen Dinge können Betriebsgefahren mit sich bringen, die bei der nötigen Umsicht nicht entstehen würden. Bei der nötigen Vorsicht könnte die Betriebsgefahr herabgemindert werden. An zweiter Stelle stehen die Unfälle, die auf höhere Gewalt usw. zurückzuführen sind. Das ist wieder ein recht relativer Begriff. Oft spielt die höhere Gewalt der Vorgesetzten hier eine erhebliche Rolle. 20 Unfälle sollen auf Unachtsamkeit, Ungechicklichkeit und Unüberlegtheit zurückzuführen sein. Auch hier werden das Arbeitstempo und eine Menge andere Dinge mitgewirkt haben. Wird in dem Betrieb wild drauflos gearbeitet, dann läßt man eben Aufmerksamkeit für die umgebenden Gefahren sehr leicht außer acht. Wenn bei dem richtigen Arbeitstempo die nötige Umsicht vorhanden ist, werden Unachtsamkeit und Unüberlegtheit bei den Unfällen nicht die Rolle spielen, als wenn wild drauflos gewöhlt wird. Dann dürften aber auch höhere Gewalt und unvermeidliche Betriebsgefahr herabgemindert werden können. An den Zuckerarbeitern selbst liegt es, sich dementsprechend einzustellen.

Von den Unfällen mit tödlichem Ausgang ereigneten sich je einer an Dampfkessel, am Treibriemen und an einer Freileitung, 3 an Arbeitsmaschinen, 5 an Fördermaschinen, 7 beim Transport, darunter 3 beim Eisenbahnbetrieb, 3 beim Verdampfungsapparat, 4 durch heiße Flüssigkeiten und Gas, einer durch Einsturz einer Mauer, einer durch Einsturz eines Zuckerstapels, 5 durch Fall, 5 auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle und 2 durch Stoß an harten Gegenständen. Diese Zahlen zeigen, welche Unfälle die schwersten Folgen hatten. Unfälle an Fördermaschinen und Unfälle beim Transport stehen hier an erster Stelle.

In dem Bericht werden dann die Unfälle mit tödlichem Ausgang im einzelnen besprochen. Wir heben hieron einige Beispiele hervor. Um eine Verstopfung zu beheben, stellte sich ein Arbeiter auf die in 1½ Meter Höhe laufende Rübenschwanzwäsche, rutschte aus und geriet durch den weiten Koff mit einem Fuß in die Wäsche. Dem Verunglückten wurde der Fuß umgedreht, und er starb an dieser Verletzung. Da

muß zunächst die Frage aufgeworfen werden, ob denn eine Rübenschwanzwäsche einen derartig weiten Koff haben muß, daß man mit dem Fuß durchrutschen kann. Das ist nach unserer Ansicht nicht nötig. Durch Einfügung eines engeren Koffes hätte dieser Unfall vermieden werden können. Hoffentlich zieht man aus diesem Unfall die richtige Lehre!

Ein weiterer Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich beim Reinigen einer Saturasionspfanne. Ein Arbeiter war in die Pfanne gestiegen, um den abgesetzten Schlamm auszuschöpfen. Andere Arbeiter zogen diesen Schlamm hoch. Plötzlich drehte ein anderer Arbeiter das Frischdampf-Ventil am unteren Auslaufrohr der Pfanne auf. Der Dampf schlug durch den Schlamm und verbrühte den Arbeiter tödlich. Auch dieser Unfall hätte bei der nötigen Kontrolle vermieden werden können. Wie konnte das Ventil geöffnet werden, während in der Pfanne gearbeitet wurde? Der Öffnende mußte doch sehen, daß Arbeiter in der Pfanne beschäftigt waren. Konnte er die Anlage aber nicht übersehen, dann mußte die Arbeit durch einen Sicherheitsmann überwacht werden. Die nötigen Vorsichtsmaßnahmen scheinen hier also nicht getroffen zu sein.

Die Unfälle, auf einen fahrenden Zug zu springen, mußte ein Hofaufseher mit seinem Leben büßen. Er sprang auf einen vorbeifahrenden Zug, um schneller zur Waage zu kommen. Er rutschte infolge des Schnees und der Glätte aus, wurde beim Festhalten am Wagen von einem Pfeiler gestreift und fiel so unglücklich herunter, daß sein Kopf von dem Hinterrad des Eisenbahnwagens zermalmt wurde. Also, Kollegen, springt nicht auf einen fahrenden Zug, wenn ihr es sehr eilig habt! Beim Verladen von Rohzucker stürzte ein Stapel, der etwa 20 Säcke hoch war, ein und begrub drei Arbeiter unter sich. Zwei kamen mit leichten Verletzungen davon, der dritte starb infolge eingetretener Gehirnverletzung. Wäre hier den Vorschriften entsprechend gearbeitet worden, dann hätte dieser traurige Unfall auch vermieden werden können.

An den Zentrifugen war, wie der Bericht konstatiert, im laufenden Jahr kein tödlicher Unfall zu verzeichnen. Aber trotzdem ereigneten sich auch hier 10 Unfälle. Die meisten Unfälle passierten hier dadurch, daß der Holzspindel in die Zentrifuge fällt, während diese noch läuft. Er wird dann herausgeschleudert, und erhebliche Verletzungen des betreffenden Arbeiters sind meist die Folge. Man soll also die Zentrifugen erst öffnen, wenn sie stillstehen. Das Probestechen ist immer noch eine Unfälle, die nicht auszuroffen ist. Auch hierbei sind wiederholt Unfälle vorgekommen. Das Schleifen des Abfischers an der laufenden Trommel gehört ebenfalls zu den üblen Erscheinungen, die vielfach zur Gewohnheit geworden sind. Wiederholte Unfälle waren die Folge.

Die Kalköfen bilden eine besondere Gefahr, und zwar besonders dann, wenn die Pumpe stillsteht. Im letzten Jahre ereignete sich hier in einer Fabrik durch Gasvergiftung ein Unfall, dem drei Menschen zum Opfer fielen. Infolge dieses Unfalls erließ der preußische Minister für Handel und Gewerbe einen Rundschreiben, in dem folgende Forderungen aufgestellt werden:

1. Sorgfältige Dichtigkeitsprüfung der Gasleitung.
2. Zweckmäßige Ausgestaltung des Kalkofenrohrs und seines Abflußorgans.
3. Reichliche Raumentlüftung der Gicht.
4. Ständige Überwachung gasgefährdeter Arbeiter.

Der Bericht bemerkt zu den Unfällen auf den Kalköfen, daß diese erneut gezeigt haben, daß die Gefahr beim Stillstand der Pumpe und in den ersten Tagen der Inbetriebnahme besonders groß ist. Denjenigen Betrieben, die genötigt sind, ihre Kohlenäurepumpe aus irgendwelchen Gründen zeitweise stillzusetzen, wird empfohlen, in den Kalkofenrohren zur Erhöhung des natürlichen Zuges eine Dampfboje oder einen Ventilator einzubauen. Diese Anordnungen sind beachtenswert, und unsere Unfall-Vertrauensleute werden gut tun, dafür zu sorgen, daß diese Einrichtungen geschaffen werden, wo sie noch nicht vorhanden sind.

An einigen typischen Beispielen haben wir gezeigt, wie Unfälle auftreten und wie sie evtl. hätten vermieden werden können. Auf die Wiedergabe weiterer Beispiele müssen wir Raum mangels halber verzichten. Den Unfallvertrauensleuten empfehlen wir dringend, diesen Bericht eingehend durchzulesen. Sie können aus ihm manche praktische Anregung entnehmen.

Ist nun ein Unfall eingetreten, dann beginnt für den Unfallverletzten oft ein recht langer und schwerer Kampf um seine Rente. Im Berichtsjahre wurden durch die Berufsgenossenschaft insgesamt 3060 Unfälle entschädigt. Rente wurde an 2385 Verletzte, an 624 Witwen, 270 Kinder und 17 Verwandte aufsteigender Linie gezahlt. Insgesamt wurde für Renten, Heilbehandlung, Abfindungen und dergleichen der Betrag von 1 402 636,05 Mk. ausgegeben. Die Summe erscheint zunächst recht hoch. Verteilt man sie aber auf die vielen Verletzten, Witwen, Kinder usw., dann kommt auf den einzelnen eine recht geringe Summe.

Insgesamt kann gesagt werden, daß der Bericht manche Anregung gibt, wie Unfälle zu verhüten sind und wie der Unfallchuz besser durchgeführt werden kann. Es ist nur zu wünschen, daß unsere Unfallvertrauensleute die gegebenen Wünsche befolgen. Der Unfallchuz wird in den Betrieben nur dann energisch durchgeführt werden, wenn die Arbeitererschaft selbst, zu deren Schutze die Unfallverhütungsvorschriften erlassen werden, diese Vorschriften unbedingt beachtet und für den Ausbau des Unfallchuzes mit sorgt. Oberster Grundsatz bei allen Maßnahmen zum Unfallchuz muß sein, Leben und Gesundheit zu schützen, denn eine noch so hohe Entschädigung kann weder die verlorengegangene Arbeitskraft ersetzen, noch kann sie der Familie den Mann und Vater wiedergeben. E. Senkfeil

Frauenfragen.

Wochenendkursus für Kolleginnen.

Im Gau 4 fand am Sonntag, dem 14. Juni, für den Bezirk Köslin im Kösliner Volkshaus ein Wochenendkursus statt. 35 Kolleginnen nahmen daran teil. Behandelt wurden die Themen: „Arbeiterinnenschutz“ von Regierungs- und Gewerberat Winterhager (Köslin) und „Mitarbeit der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften“ von Anna Sammer (Hannover). Beide Referate waren für unsere

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang Juni 1931.

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung leistet ihren Bericht über die Arbeitsmarktlage in der zweiten Hälfte mit der Feststellung ein, daß die Entwicklung des Beschäftigungsgrades nicht ungünstig und daß die Arbeitslosigkeit weiter zurückgegangen sei. In der Tat, verglichen mit dem Vorjahre, war die Arbeitsmarktlage im Frühjahr 1931 nicht unwesentlich günstiger. Vom Höchststand der Arbeitslosigkeit Mitte Februar 1931 bis Ende Mai verringerte sich die Zahl der Arbeitsuchenden um 324 000, hingegen in der gleichen Zeit des Vorjahres nur um 731 000, mithin im Jahre 1931 um fast 200 000 mehr. Diese etwas günstigere Entwicklung kann als ein nicht ungünstiges Konjunktursymptom gewertet werden. Die Zahl der Arbeitslosen liegt aber mit 4 067 000 Ende Mai 1931 um 1 400 000 höher als im Vorjahr.

Die Schärfe der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wird charakterisiert durch den Inhalt der Notverordnung vom 5. Juni, die neue ungeliebte Lasten auf die Schultern der breiten Massen wälzt. Die Antwort des Kapitals auf die Notverordnung war weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise. Kapitalflucht und Börsenpanik leiteten sie ein. Binnen wenigen Tagen mußte die Deutsche Reichsbank 1 Milliarde Gold und ausländische Devisen für die Verteidigung der deutschen Währung opfern, mußte sie ihren Diskontsatz von 5 auf 7 Prozent erhöhen. Es ist dies die stärkste Erhöhung des Reichsbankdiskonts in einem Zuge seit der Inflation. Mit der Erhöhung des Reichsbankdiskonts haben sich auch gleichzeitig die Kreditzinsen der Banken um 2 Prozent erhöht. Die Verteuerung des Bankkredits zieht in der kapitalistischen Wirtschaft die Verteuerung der Produktion nach sich. Die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt gegenüber den anderen kapitalreichen Ländern, wie Frankreich, England, Schweiz, Vereinigte Staaten usw., in denen der Bankdiskont nur 1½ bis 2½ Prozent beträgt, hat sich sehr stark verschlechtert; die deutsche Wirtschaftskrise erfährt dadurch eine außerordentliche Verschärfung.

Das Institut für Konjunkturforschung beurteilt Anfang Juni die wahrscheinliche Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft recht pessimistisch. Immerhin waren trotz der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise schon einige leichte Silberstreifen am dunklen Horizont zu bemerken:

„Der konjunkturelle Abwärtsschlag der Wirtschaftstätigkeit hat sich während der letzten Monate nicht mehr in gleicher Schärfe fortgesetzt wie vormals. Bei den Verbrauchsgüterindustrien trat — in Reaktion auf eine zum Teil sehr weit gediehene Bedarfsstauung — eine geringe Belebung auf. Der Rückgang in der Beschäftigung der Produktionsgüterindustrien hat sich verlangsamt. Auch am Arbeitsmarkt ist ein gewisser Tendenzwechsel eingetreten. Zwar ist die Arbeitslosigkeit nicht in dem saisonüblichen Maß gesunken; der vormals vorhandene starke Zug zu weiterer konjunktureller Verschlechterung besteht aber nicht mehr in gleichem Grad.“

Die Überleitung eines bis dahin einseitigen Konjunkturabwärtsschlags in eine Reihe von Einzelbewegungen kennzeichnet üblicherweise den Zeitpunkt, von dem an die Periode schärferer Produktionsrückgänge als überwunden betrachtet werden darf. Gegenwärtig sind aber durch die anhaltende Enge des Kapitalmarktes sowie durch die gespannte Lage der öffentlichen Wirtschaft Faktoren geschaffen, die eine solche Diagnose nicht ohne weiteres zulassen. Dies gilt um so mehr, als die Exportansichten der deutschen Industrie anhaltend schlecht sind und die Aussichten auf die erhöhte Kapitaleinfuhr durch die Bemühung, zu der insbesondere die österreichische Bankkrise geführt hat, noch ungünstiger geworden sind.

Die Voraussetzungen für einen Aufschwung sind jedenfalls nicht gegeben. Produktion und Beschäftigung werden sich vielmehr im verbleibenden Teil des Jahres 1931 weiter depressiv (ungünstig) verhalten.“

Seit dem Zeitpunkt, an dem das Institut für Konjunkturforschung diese pessimistische Prognose anstellte, hat sich die wirtschaftliche und politische Gesamtlage Deutschlands noch weiter verschlechtert.

Die Arbeitsmarktentwicklung in den Industrien des Verbandes entspricht der allgemeinen Lage. Unsere Arbeitsmarktkennlinie konnte Anfang Juni ebenfalls einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit feststellen. Sie erreichte Ende Mai insgesamt 422 446 Mitglieder. Davon waren 122 949 oder 29,1 Prozent arbeitslos und 70 542 oder 16,6 Prozent arbeitslos verkürzt. Im Vormonat betragen die Verhältniszahlen für Vollarbeitslose 31,0 und für Kurzarbeiter 16,8 Prozent. Die Kurzarbeiter in Vollarbeitslose umgerechnet waren Ende Mai 1931 nur 65,6 Prozent unserer Mitglieder voll beschäftigt gegen 78,6 Prozent in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Kolleginnen sehr wichtig und fanden auch große Aufmerksamkeit.

In Referat zum 1. Thema wurde u. a. ausgeführt, daß neben der besonderen Eignung in der Hauptfrage die wirtschaftliche Not als Ursache der Frauenerwerbsarbeit angesehen werden muß. Die immer weiter zu sich greifende Frauen- und Kinderarbeit im kapitalistischen Zeitalter zwang den Staat, bald Schutzmaßnahmen zu treffen. Die ersten Kinderschutzgesetze wurden 1839 erlassen, die ersten Arbeiterinnenchutzgesetze 1878. Für Wöchnerinnen wurde ein Beschäftigungsverbot für drei Wochen nach der Niederkunft erlassen. Weitere Schutzbestimmungen wurden 1891 und 1908 erlassen. Die Höchstarbeitszeit für Arbeiterinnen wurde 1891 auf 11 Stunden täglich und 1908 auf 10 Stunden festgelegt. Von 1908 bis zum Kriege sind keine besonderen Fortschritte im Arbeitsschutz zu verzeichnen. Während des Krieges wurden die geltenden Schutzbestimmungen über die Arbeitszeit und den Mutterdienst teilweise außer Kraft gesetzt. Nach dem Kriege trat dann der Achttundentag in Kraft, der durch die Arbeitszeitschutzverordnung vom Jahre 1927 wieder durchbrochen wurde. Die Bestimmungen über Mutterdienst wurden in der Nachkriegszeit wesentlich ausgebaut. Die Arbeiterin kann sechs Wochen vor der Niederkunft ihre Arbeit aufgeben und genießt einen gesetzlichen Kündigungsschutz bis sechs Wochen nach der Niederkunft. Im Falle fortwährender Erwerbsunfähigkeit nach Ablauf von sechs Wochen erstreckt sich der Schutz auf weitere sechs Wochen, also auf 12 Wochen nach der Niederkunft. Leider machen die Arbeiterinnen nur sehr ungenügend Gebrauch davon. Sie nützen die ihnen zustehenden Rechte nicht aus.

Der Unterschied zwischen Arbeitszeit, Vertragszeit, Unfallzeit und Gesundheitszeit. Dem Unfallschutz muß größte Bedeutung beigegeben werden. Nach den statistischen Angaben vom Jahre 1928 entfiel auf je zehn Arbeitstunnen ein Unfall. Die Arbeiterinnen werden im allgemeinen weniger von Unfällen betroffen als die Arbeiter. 1928 entfielen 7,8 Prozent der Unfälle auf die Arbeiterinnen. Seit 1924 haben wir ein Unfallversicherungs-gesetz. Danach müssen die Unternehmer ihre Arbeiter gegen Unfall versichern. Über 1 000 Gewerkschaftsbeamte sind zur Zeit in der Arbeitsversicherung tätig. Mehr als bisher sollte aber die Arbeiterschaft selbst die Unfallversicherungsbeiträge einhalten.

Das Kapitel Gesundheitszeit ist für die Arbeiterinnen besonders wichtig. In vielen Krankenkassenberichten wird festgestellt, daß Erkrankungsgefahren bei Frauen viel größer sind als bei Männern. Die ständige oder stündliche Beschäftigung, die Arbeit in feuchten Räumen, die Einwirkung der schädlichen Gase bei der Arbeit im Sprengstoffwesen und bei der Gummifabrikation sowie die Staubgefahren in den Porzellan- und anderen Fabriken wirken sich in mancherlei Hinsicht auf die Gesundheit der Arbeiterinnen negativ aus. Deshalb werden auch besondere Vorschriften über Einrichtung der Arbeitsräume und Betriebshygiene erlassen. In verschiedenen Industrien wurde die Frauenarbeit in einzelnen Abteilungen überhaupt verboten. Die Anfragen, die in der Diskussion gestellt wurden, fanden zufriedenstellende Beantwortung durch den Referenten. Einige Hinweise der Kolleginnen auf Missstände im Betrieb sollen demnächst unterrichtet werden.

Kollegin Janne er leitete ihre Ausführungen ein mit der Bemerkung, daß es darauf ankomme, die anwesenden Kolleginnen zur Diskussion anzuregen. Deshalb behandelte sie auch ihr Thema in

Den Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrien unseres Verbandes zeigen folgende Verhältniszahlen an:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

1931	Ende April			Ende Mai		
	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.
Fabrikarbeiterverband						
insgesamt	32,0	27,1	31,0	30,1	28,4	29,1
In der Industrie:						
Chemie	23,6	22,4	23,3	23,1	21,6	22,8
Papier	19,9	19,4	19,8	19,2	21,2	19,6
Nahrungsmittel	22,7	31,1	24,8	21,5	22,9	21,8
Spielwaren, Blumen und so weiter	48,2	59,7	43,5	47,1	35,8	41,0
Sonstige Industrien	39,6	35,3	38,5	40,4	28,3	37,2
Keramischer Bund						
insgesamt	45,1	32,3	42,8	40,9	30,1	39,0
a) Porzellan	31,3	22,0	27,8	31,6	22,4	28,1
b) Glas	41,3	36,9	40,7	39,3	35,6	38,8
c) Grobkeramik usw.	52,2	47,9	51,8	45,0	40,3	44,6

arbeiten verkürzt:

1931	Ende April			Ende Mai		
	männl.	weibl.	insgef.	männl.	weibl.	insgef.
Fabrikarbeiterverband						
insgesamt	16,3	18,9	16,8	16,1	18,6	16,6
In der Industrie:						
Chemie	23,9	21,2	23,3	22,7	18,3	21,7
Papier	20,8	24,6	21,6	21,4	25,5	22,2
Nahrungsmittel	14,2	6,8	12,4	15,7	6,2	13,4
Spielwaren, Blumen und so weiter	26,9	26,3	26,5	22,1	22,4	22,2
Sonstige Industrien	8,9	7,1	8,5	11,1	11,9	11,3
Keramischer Bund						
insgesamt	12,9	21,2	14,4	12,7	21,9	14,3
a) Porzellan	30,0	29,0	29,7	30,3	30,1	30,2
b) Glas	10,1	13,0	10,5	10,7	15,4	11,3
c) Grobkeramik usw.	8,6	12,8	9,0	7,8	11,6	8,2

In fast allen Industrien zeigt sich ein leichter Rückgang mit Ausnahme der Porzellanindustrie. Ob hier die Verschlechterungserscheinungen, die gegenüber der bisherigen günstigen Entwicklung besonders auffällig sind — Ende Dezember 1930 32,2 v. H., April 1931 27,8 v. H. Arbeitslose — nur zufällig sind, oder ob sie im Zuge der konjunkturellen Entwicklung dieser Industrie liegen, läßt sich nur schwer beantworten. Auch die Kurzarbeit ist in der Porzellanindustrie leicht gestiegen, ebenso auch in der Glas- und in der Papierindustrie, alles Anzeichen dafür, daß die Hoffnungen auf eine gründliche Besserung der Wirtschaftslage nur schwach begründet sind. Am härtesten leidet immer noch die Bauhoff- und grobkeramische Industrie unter der Wirtschaftskrise. Ein Vergleich der prozentualen Arbeitslosenzahlen in den letzten fünf Jahren zeigt, wie sehr diese Saisonindustrie von der Konjunktur abhängig ist.

Von je 100 Verbandsmitgliedern in der grobkeramischen und Bauhoffindustrie waren arbeitslos:

	1927	1928	1929	1930	1931
Ende April	7,1	5,2	15,6	29,7	51,8
Ende Mai	4,3	3,8	7,1	24,5	44,6

In Anbetracht der schwierigen Lage auf dem Kapitalmarkt ist eine wesentliche Besserung in diesem Jahre kaum zu erwarten. Der geographischen Verteilung nach ist die Arbeitslosigkeit am stärksten zurückgegangen in den mittel- und ostdeutschen Bezirken, mit Ausnahme Schlesiens. Hier ist sogar noch eine leichte Steigerung eingetreten. Immer noch sind in Schlesien über 50 Prozent der Bauhoff- und grobkeramischen Industrie arbeitslos. Ähnliche Verhältniszahlen der Arbeitslosigkeit für diese Gruppe wurden in den Bezirken Niedersachsen, Brandenburg, Ostpreußen, Freistaat Sachsen, Thüringen, Württemberg, Hessen-Rhassan und im rechten Rheinland festgestellt. Die niedrigste Verhältniszahl für Arbeitslose hat der Bezirk Südbayern mit 17,8, die höchste Ostpreußen mit 37,1 v. H. Von den nord- und nordostdeutschen Bezirken liegen die meisten erheblich über dem Durchschnitt. So Brandenburg mit 35,8, Schlesien mit 36,7, Thüringen mit 30,8, Hessen-Rhassan mit 30,4 v. H. Eine verhältnismäßig günstige Entwicklung weist das linke Rheinland mit 24,2 v. H. Arbeitslosen auf.

Form einer Arbeitsgemeinschaft. Die Arbeiterinnenbewegung ist noch verhältnismäßig jung, denn die Arbeiterinnen waren viel länger gänzlich rechtlos als die Arbeiter. Die letzte Schranke der Koalitionsfreiheit fiel erst 1908 durch Beseitigung des § 8 im Vereinsgesetz. Aus der Hand der sozialistischen Volksbeauftragten erhielten die Frauen 1918 die vollen Staatsbürgerrechte. Die Frauen können heute auch mitwirken als Beisitzer beim Arbeitsgericht, bei der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, als Betriebsratsmitglieder, in den Sachverständigen und anderen Körper-schaften. Die Erfolge, die im Kampf um Frauenrechte erzielt wurden, sind fast ausschließlich auf die Tätigkeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zurückzuführen. Sofern die Frauen und Mädchen erwerbstätig sein müssen, haben sie auch die Verpflichtung, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Im Jahresdurchschnitt 1929 zählte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund 722 892 weibliche Mitglieder. Am 1. Januar 1929 kamen auf 100 männliche Mitglieder 15,8 weibliche. Der Anteil der weiblichen Mitglieder der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände beträgt an der Gesamtzahl der Mitglieder 15,1 Prozent, im Verband der Fabrikarbeiter 20,8 Prozent. Wir müßten leider infolge der wirtschaftlichen Lage einen Verlust an weiblichen Mitgliedern buchen. Das muß wieder ausgeglichen werden durch aktiveren Werbetätigkeit der Funktionärinnen. Der Mitgliederverlust der letzten Jahre ist nicht nur auf Entlassungen zurückzuführen, sondern in sehr starkem Maße auf die mangelnde Erkenntnis und Schwärzung der weiblichen Mitglieder. Ein großer Teil der Kolleginnen hat aber nicht nur der Organisation die Treue bewahrt, sondern auch erkannt, daß sie mitarbeiten müssen in der Organisation. Eine Statistik über die Zahl und die Art der Beschäftigung unserer Kolleginnen macht das deutlich.

In Rede und Gegenrede wurden dann die Aufgaben der Funktionärinnen aufgezeigt. Die Erfolge, die im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht wurden, gilt es im Betrieb zu überwachen. Einhalten des Tarifvertrages sowie Beachtung der Bestimmungen über Gesundheits- und Unfallschutz muß gefordert werden. Im Betriebe müssen die verschiedenen Situationen für unsere Sache und besonders organisatorisch besser ausgenutzt werden. Mit der Erörterung der verschiedenen Agitationsmöglichkeiten innerhalb wie außerhalb des Betriebes und auf einem Hinweis auf die Notwendigkeit der aktiveren Mitarbeit der Kolleginnen im Verbandesleben fand das Referat seinen Abschluß.

Kollege Wiesenhütter schloß den Wochenendkursus mit einem Appell an die Kolleginnen, alles Gehörte weiterzutragen und im Interesse der Organisation, der Aktionsfähigkeit des Verbandes, zu wirken und zu werben.

Verbandstagsdiskussion.

Erwerbslosen- und Invalidenunterstützung.

Der in aller Kürze stattfindende Verbandstag wird ein gewaltiges Stück Arbeit zu leisten haben. Wenn man sich die einzelnen Anträge genauer ansieht, so werden wohl einige Anträge des Hauptverbandes besonders ins Auge fallen, und zwar die auf Herabsetzung der Erwerbslosen- und Invalidenunterstützung. Es wird allgemein gemacht, daß bei der heutigen traurigen Wirtschaftslage unbedingte Sparsamkeit erforderlich ist. Wie und wo geparkt werden kann, ohne der gesamten Organisation Schaden zuzufügen, wird das schwierigste Problem sein, das der kommende Verbandstag zu lösen hat. Wir hatten nur das Sparprogramm (Abbau der Erwerbslosen- und Invalidenunterstützung), das der Hauptverband dem Verbandstag als Antrag eingereicht hat, für ein Sparen an der verkehrten Stelle, und zwar aus folgenden Gründen: Alle Kollegen, die heute Kleinarbeit leisten, werden gegeben, daß diese Arbeit heute viel schwieriger ist als je zuvor. Viel schwerer als früher ist es heute, noch neue Mitglieder hinzuzugewinnen. Zunächst einmal ist die Arbeiterkraft durch die von allen Seiten auftauchenden Organisationen politischer Art vollständig vermischt und ferner auf Grund der Lohnkürzungen gezwungen, niedrige Beiträge zu zahlen, was nach dem Statut sich auf die Unterhaltungen ebenfalls auswirkt. Die Arbeit für den weiteren Aufbau der Organisation wird erschwert, wenn die Erwerbslosen- und Invalidenunterstützung gesenkt würde, denn gerade diese beiden Unterhaltungen halten die Mitgliedschaft zusammen und sind auch als Agitationsmittel für die Gewinnung neuer Mitglieder sehr wertvoll. In der Nummer 20 der Verbandszeitung wird angegeben, daß viele Mitglieder der Organisation die Treue bewahren auf Grund der Unterhaltungen, und eine Senkung der Unterhaltungsbeiträge würde die Organisation schwächen; der lachende Dritte wäre der Unternehmer. Mit dem Abbau der Unterhaltungen ist dem Funktionär das hauptsächlichste Agitationsmittel vollständig aus der Hand genommen. Vor einem so wichtigen Schritt möchten wir den Verbandstag im Interesse der Organisation dringend warnen. Wir wären nun wirklich schlechte Gewerkschafter, wenn wir auf der einen Seite etwas kritischer und keine Gegenvor schläge machen könnten. Die Hauptunterhaltungen müssen unbedingt die bisherige Höhe behalten, ebenfalls die Beiträge. Velleicht wäre es richtiger, die Nebenunterstützungen (Sterbegeld und Umzugskosten) ganz abzubauen. Diese beiden Unterhaltungen betrachten wir als einer wirtschaftlichen Kampfor ganisation als unbegründet. D. beinahe 400 000 Mk., die im Jahre 1930 dafür ausgegeben für („Proletarier“ Nr. 20) müßten für die Gehälter der Angestellten genügen.

Abrechnung der Hauptkasse

1. Quartal 1931.

Einnahme		A	B
An Kassenbestand am Schluß des 4. Quartals 1930			
a) Hauptkasse	2 673 359,13	2 996 139	56
b) Zahlstellen	322 780,43	3 915 689	85
Beiträge		6 950	—
„ Extrabeiträge		18 987	16
„ Extrabeiträge der Angestellten		279 002	19
„ Mehr eingelangt von den Zahlstellen		26	88
„ Einzelmittelgliedern		866	—
„ Erbschaften und Karten		5 260	89
„ Bücher und Broschüren		2 105	63
„ Bürobeitrag		218	66
„ Film		301	47
„ Zinsen		209 663	28
„ zurückgezahlten Unterhaltungen		18 806	33
„ Kraftwagen		1 529	14
„ zurückgezahlten Beiträgen		4 137	98
„ Beisitzen der Zahlstellen zur Sonderunterstützung		12 200	—
„ sonstige Einnahmen		1 591	42
„ aus dem Vermögensbestand		25 801	59
„ Beiträgen zur Unterhaltungs-kasse		11 931	85
Summe		7 511 199	88

Ausgabe		A	B
Der Erwerbslosen-Unterstützung:			
a) an Reisende		4 150	90
b) an Arbeitslose		2 163 260	84
c) an Kranke		523 186	27
Invalidenunterstützung		403 791	67
Rechtschutz		34 824	18
Gemeinsame Unterhaltungen		4 189	93
Umzugsunterstützung		7 508	78
Notlagenunterstützung		3 027	67
Sterbegeld		105 219	49
Streitunterstützung		348 012	17
Anteile der Zahlstellen		1 301 612	68
Marken und Stempel		2 638	65
Porto, Postschek und Bankposten		7 617	64
Vorfonds- und Auszubildungen		1 222	—
Revisionen der Hauptkasse und der Zahlstellen		1 600	60
Gehälter		99 245	47
„ Versicherungsbeiträge		54 718	53
„ Druck und Papier des „Proletariats“		70 531	14
„ Verbandskosten des „Proletariats“		23 451	10
„ Betriebsräte- und Frauen-Zeitungen		1 661	13
„ diverse Drucksachen		19 273	70
„ Versand- und Postmaterial		3 174	52
„ Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar		10 543	41
„ Büromaschinen und Reparaturen		283	50
„ Buchbinderarbeiten		25 039	75
„ Kraftwagen und Kraftwagenbedarf		10 293	83
„ Büromiete, Heizung, Licht, Reinigung		9 578	33
„ Büroeinrichtungen und Bürobeitrag		4 158	63
„ Tarifverhandlungen		13 259	37
„ zentrale und lokale Tarifinstanzen		2 011	59
„ Konferenzen		6 673	93
„ Agitation		9 908	95
„ Film		257	—
„ Gewerkschaften		190 892	11
„ Keramischen Bund einschl. Zeitung		150 000	—
„ Arbeiter-Wirtschaftsschulen, Kurse, Bildungsfonds		618	45
„ Schule Wemiggen		34 000	—
„ Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund		31 182	15
„ internationale Verpflichtungen		6 076	61
„ Verwaltungen verschiedener Zahlstellen		13 761	70
„ Verbänden der Zahlstellen zurückgezahlte		185 342	97
„ sonstige Ausgaben		149	40
„ Vermögensbestand		45 500	—
An Kassenbestand am Schluß des 1. Quartals 1931:			
a) Hauptkasse	1 261 409,33	1 577 764	84
b) Zahlstellen	316 355,51		
Summe		7 511 199	88

Hannover, den 16. Juni 1931.

Karl Thiemig, Vorsitzender. Karl Gremmel, Revisor.
 Carl Köhler, 1. Kassierer. H. Ebbemann, Revisor.
 Otto Stawiski, 2. Kassierer. Rich. Stolle, Revisor.

Abrechnung der Hauptkasse

1. Quartal 1931.

Einnahme		A	B
An Kassenbestand am Schluß des 4. Quartals 1930			
a) Hauptkasse	2 673 359,13	2 996 139	56
b) Zahlstellen	322 780,43	3 915 689	85
Beiträge		6 950	—
„ Extrabeiträge		18 987	16
„ Extrabeiträge der Angestellten		279 002	19
„ Mehr eingelangt von den Zahlstellen		26	88
„ Einzelmittelgliedern		866	—
„ Erbschaften und Karten		5 260	89
„ Bücher und Broschüren		2 105	63
„ Bürobeitrag		218	66
„ Film		301	47
„ Zinsen		209 663	28
„ zurückgezahlten Unterhaltungen		18 806	33
„ Kraftwagen		1 529	14
„ zurückgezahlten Beiträgen		4 137	98
„ Beisitzen der Zahlstellen zur Sonderunterstützung		12 200	—
„ sonstige Einnahmen		1 591	42
„ aus dem Vermögensbestand		25 801	59
„ Beiträgen zur Unterhaltungs-kasse		11 931	85
Summe		7 511 199	88

Ausgabe		A	B
Der Erwerbslosen-Unterstützung:			
a) an Reisende		4 150	90
b) an Arbeitslose		2 163 260	84
c) an Kranke		523 186	27
Invalidenunterstützung		403 791	67
Rechtschutz		34 824	18
Gemeinsame Unterhaltungen		4 189	93
Umzugsunterstützung		7 508	78
Notlagenunterstützung		3 027	67
Sterbegeld		105 219	49
Streitunterstützung		348 012	17
Anteile der Zahlstellen		1 301 612	68
Marken und Stempel		2 638	65
Porto, Postschek und Bankposten		7 617	64
Vorfonds- und Auszubildungen		1 222	—
Revisionen der Hauptkasse und der Zahlstellen		1 600	60
Gehälter		99 245	47
„ Versicherungsbeiträge		54 718	53
„ Druck und Papier des „Proletariats“		70 531	14
„ Verbandskosten des „Proletariats“		23 451	10
„ Betriebsräte- und Frauen-Zeitungen		1 661	13
„ diverse Drucksachen		19 273	70
„ Versand- und Postmaterial		3 174	52
„ Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar		10 543	41
„ Büromaschinen und Reparaturen		283	50
„ Buchbinderarbeiten		25 039</	

Papier-Industrie

Die Papiermacher-Berufsgenossenschaft im Jahre 1930.

Bei der in 11 Sektionen zerfallenden Berufsgenossenschaft sind sämtliche Papierfabriken, Holzschleifereien, Holzschleifereien und Pappfabriken versichert. Die Zahl der am Beginn des Berichtsjahres versicherten Betriebe betrug 1034. Am Anfang des neuen Jahres 1931 waren 1008 Betriebe versichert. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer betrug 110 239, zu denen noch 25 versicherte Unternehmer und 10 sonstige Personen kommen, so daß die Zahl der Versicherten insgesamt 110 274 betrug. Vollarbeiter (300 Arbeits-tage zu je 10 Stunden) wurden 89 279 ermittelt. Im Vorjahre wurden 115 997 Versicherte gezahlt. Die an die Arbeitnehmer gezahlten Abne erreichten die Summe von 239 509 014 Mk. gegen 247 651 170 Mk. im Vorjahre. Die Zahl der Arbeitnehmer hat sich nach diesen Zahlen um 4,2 Prozent und die Summe der Abne um 3,3 Prozent verringert. Auf den Kopf des Versicherten entfallen 2172 Mk. Lohn gegen 2152 Mk. im Jahre 1929 und gegen 1023 Mk. im Jahre 1913. Man kann hieran die Feststellung knüpfen, daß die gezahlten Abne wirklich nicht hoch sind. Interessant ist, daß von den versicherten Betrieben 21 mit 990 Versicherten und einer Gesamtlohnsumme von 1 875 050 Mk. in Konkurs gerieten. Aus dem Rechnungsabluß der Genossenschaft sind folgende Ausgabenposten erwähnenswert:

Entschädigungen	3 354 215 Mk.
Ausfälle und Rückstände der Umlage	127 319 Mk.
Kosten des Verfahrens	20 747 Mk.
Unfallverhütung	23 534 Mk.
Verwaltungskosten	108 890 Mk.

Da diesen Ausgaben auch einige Einnahmen gegenüberstehen (Zinsen usw.), beträgt das endgültige Umlagegeld 3 849 494 Mk. Auf je 1000 Mk. Lohn entfällt nach den Sektionen ein Beitrag von 15,17 Mk. bis 17,86 Mk. Im Durchschnitt der gesamten Genossenschaft beträgt der Beitrag, also die Gesamtlast der Unfallversicherung, für je 1000 Mk. gezahlte Lohnsumme 16,07 Mk. Die Last ist also nicht so hoch, wie von den Unternehmern immer wieder behauptet wird.

Beide wurden von der Genossenschaft im Berichtsjahre insgesamt 3464 erteilt. In 1076 Fällen legten die Verletzten bzw. deren Hinterbliebenen bei den Oberversicherungsämtern Berufung gegen die ergangenen Bescheide ein. Da aus den Vorjahren noch 322 Streitfälle ihrer Erledigung harren, schweben vor diesen Behörden 1348 Fälle. Von diesen blieben am Jahreschluß 1930 zusammen 348 unerledigt. Gerade 1900 Streitfälle fanden ihren Abschluß. Die erledigten Fälle endeten:

zugunsten der Genossenschaft	697
zugunsten der Versicherten	157
durch Zurücknahme, Vergleich usw.	146

Vor dem Reichsversicherungsamt schwebten (einschließlich der aus den Vorjahren übernommenen) 186 Rekurse gegen die Entscheidungen der Oberversicherungsämter. Von diesen fanden 96 Erledigung. Hierunter befanden sich 75 Rekurse, die von den Versicherten eingelegt waren. In 48 von diesen Fällen wurden die Urteile der Oberversicherungsämter bestätigt, die Versicherten also abgewiesen. Nur in zwei Fällen trat eine Änderung des vorinstanzlichen Urteiles zugunsten der Versicherten ein. In neun Fällen trat eine anderweitige Erledigung ein (Zurücknahme, Zurückverweisung usw.). Da die Einlegung des Rekurses verspätet geschah bzw. unzulässig war, wurden 15 Fälle sofort abgewiesen. Diese Zahlen zeigen, daß die Versicherten im Streitverfahren um die Rentenleistungen herzlich wenig — in der letzten Instanz fast gar nicht — Aussicht auf Erfolg haben.

Besonders interessant für die Versicherten sind die Angaben des Berichtes über die Zahl und Art der Unfälle. Es gelangten im Berichtsjahre insgesamt 9290 Unfälle zur Anmeldung. Im Vorjahre waren es 12 124. Von diesen Schadensfällen gelangten 882 (9,8%) erstmalig zur Entschädigung. Die Zahl der Todesfälle betrug 49 (54). Auf je 1000 Versicherte entfielen:

gemeldete Unfälle	1929	1930
erstmalig entschädigte Unfälle	105,34	84,15
tödliche Unfälle	8,58	8,00
erbliche Unfälle	0,47	0,44

Nach diesen Zahlen ist sowohl bei den gemeldeten als auch bei den entschädigten Unfällen ein Rückgang zu verzeichnen. Allerdings darf nicht außer acht gelassen werden, daß sich auch die Zahl der Arbeitnehmer verringert hat. Fälle von gewerblichen Berufskrankheiten wurden 21 angezeigt. Zu einer Entschädigung führten davon vier Fälle. Diese betrafen sämtlich Mehlkrankheit. Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle waren 477 (im Vorjahre 636) zu verzeichnen, von denen 62 (61) entschädigt wurden. Aber die Unfallhäufigkeit im Berichtsjahre heißt es in dem Bericht der technischen Aufsichtsbeamten:

„Wenn der Vergleich der Unfallzahlen eines Jahres mit denen eines anderen schon unter normalen Verhältnissen nicht geeignet ist, einen Schluß auf die Entwicklung der Unfallhäufigkeit in den Betrieben einer Industrie zu ziehen, so gilt dies in erhöhtem Maße für die Zahlenangaben des Berichtsjahres, in dem die Betriebsverhältnisse völlig anders gelagert waren als in den Vorjahren. So war die Betriebsführung in den meisten Werken besonders unangünstig dadurch beeinflusst, daß die einzelnen zu erledigenden Aufträge vielfach nur wenig umfangreich waren, so daß häufiges Ab- und Umstellen der Maschinen notwendig wurde mit all den bekannten unerwünschten Begleiterscheinungen und erhöhter Unfallgefahr. So wirkte auch unfallgefährdend der Umstand, daß die Zeit der schwachen Beschäftigung der Fabriken vielfach dazu ausgenutzt wurde, die baulichen Anlagen instand zu setzen und die maschinellen Anlagen zu überholen. Arbeiten, die gegenüber der regelmäßigen Fabrikation größere Gefahr bieten. Wenn trotz dieser ungünstigen Verhältnisse die Zahl der gemeldeten Unfälle ziemlich erheblich zurückgegangen ist, so erklärt sich dies im wesentlichen wohl aus dem Rückgange der Versichertenzahl und des Grades ihrer Beschäftigung. Auch die Zahl der erstmals entschädigten Unfälle ist geringer geworden, wenn auch nicht in dem Maße wie die der gemeldeten Unfälle. Dies ist darauf zurückzuführen, daß in der Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle stets eine erhebliche Anzahl von Unfällen enthalten ist, die aus den Vorjahren stammen und erst im Berichtsjahre zur Entschädigungsfestsetzung gelangten. Daß auch ein starker verhältnismäßiger Rückgang sowohl der angemeldeten wie der erstmals entschädigten Unfälle, bezogen auf 1000 Versicherte, eingetreten ist, beruht darauf, daß die Zahl der Versicherten diesmal auch alle kaufmännischen Angestellten umfaßt und die Verkürzung der Arbeitszeit in der Zahl der Versicherten nicht voll zum Ausdruck kommt.“

Es werden weiter in dem Bericht nicht nur eine ganze Anzahl besonders bemerkenswerter Einzelfälle besprochen, sondern es wird auch sonst in Hand von Bild und Schrift auf die lauernden Betriebsgefahren mancherlei Art hingewiesen. Es wäre nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig, daß der Bericht mit seinem lehrreichen Inhalt in die Hand eines jeden Arbeitnehmers käme, oder daß wenigstens in jedem Betriebe einige Stücke zum Umlauf zur Verfügung ständen.

Von den technischen Aufsichtsbeamten wurden im Berichtsjahre 782 Betriebe einer Revision unterzogen. In 233 der aufgeführten Betriebe wurden Betriebsmängel irgendwelcher Art nicht bemerkt. In den restlichen Betrieben (circa zwei Drittel der aufgeführten) gab es zu mancherlei Beanstandungen Anlaß. In 16 Betrieben war das Fehlen bzw. die schlechte Beschaffenheit der Ausgänge oder des Verbandmaterials zu rügen. Die anderen festgestellten Mängel betrafen vor allen Dingen ungeprüfte Riemenseiben, Trans-

missionen usw. Ebenso fehlten oft die nötigen Geländer an Treppen und Stufen. Auch die Beschaffenheit von Leitern ließ oft sehr zu wünschen übrig. Weiter werden noch mancherlei andere Mängel, die öfter angetroffen wurden, in dem Bericht geschildert. Nach den Angaben der Aufsichtsbeamten befolgten die Mehrzahl der Arbeitgeber bereitwillig die getroffenen Anordnungen. Bei zwei Betrieben mußten jedoch erst Strafen verhängt werden, ehe sich die Inhaber bequemen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Auch die Arbeitnehmer benutzen meist ordnungsgemäß die Schutzvorrichtungen. Oft wurden jedoch, einmal durch Reparaturen usw., entfernte Schutzvorrichtungen nicht wieder an den Maschinen angebracht. Gegen einige Verstöße wurden bei den zuständigen Versicherungsämtern Strafanträge wegen grober Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften gestellt. Diefen Anzeigen wurde auch durch Verhängung von Geldstrafen in Höhe von je 1 bis 10 Mk. entsprochen. Über die Durchführung der Betriebskontrollen im allgemeinen heißt es in dem Bericht: „Die Besichtigungen der Betriebe erfolgen planmäßig derart, daß jeder Betrieb in Abständen von längstens 2 Jahren besucht wird. Große Betriebe werden alljährlich besichtigt, einzelne aus besonderem Anlaß, wie beispielsweise Unfalluntersuchungen, wiederholt.“ Unserer Ansicht nach ist der Revisionsdienst so auszubilden, daß jeder Betrieb im Jahre einmal aufgesucht werden kann. Warum dies nur bei den größeren Betrieben geschieht, ist unerklärlich. Gerade bei den kleineren und kleinsten Betrieben läßt ja bekanntlich der Unfallschutz sehr zu wünschen übrig. R.-S.



Bestell.-Nr. - 379 - d. Unfallverhütungsbild.-G.m.b.H. b. Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft, Berlin W 9.

Was hat der Mann hier falsch gemacht?

Vorschriftsmäßig sind auf diesem Wilde Transmissions- und Wellen durch Schutzgitter an beiden Seiten gesichert. Wenn der Verunglückte, worauf die zu Boden gefallene Ölkanne hindeutet, an der im Betrieb befindlichen Riemenseibe oder dem dazugehörigen Lager hantiert hat, so ist das ein grober Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften, da während des Ganges der Maschine keinerlei Arbeiten an den Transmissionsanlagen vorgenommen werden dürfen. Die Maschine muß vielmehr vorher abgestellt werden. Schließlich wäre vielleicht auch dieser Leichtsinne glimpflich davongelassen, wenn er vorschriftsmäßige Arbeitskleidung statt eines wehenden Kittels mit lang flatternden Schößen getragen hätte. In Sekundenschnelle rollen sich auf der sich drehenden Welle derartige Kleidungsstücke auf und reißen unbarbarisch die Körper der Betroffenen nach sich; die Welle schleudert sie herum und zerschmettert sie in furchtbarer Weise.

Verschiedene Industrien

Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter in der Arbeitslosenversicherung.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung enthielt ursprünglich keinerlei Sonderbestimmungen über Versicherungspflicht und Ansprüche der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter. Ihre Versicherungspflicht ergab sich aus § 69 des Gesetzes. Die zeitweilig strittige Frage, ob auch Hausgewerbetreibende, soweit sie krankensicherungsspflichtig sind, der Arbeitslosenversicherung unterliegen, war durch die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes Nr. 3341 (RVL 1929, S. IV 38) in bejahendem Sinne entschieden worden. Es galten deshalb für die Ansprüche der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden die allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes.

Die Novelle vom 12. Oktober 1929 zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung änderte die Rechtslage in bezug auf Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende wesentlich. Es wurde ein § 75c geschaffen mit folgendem Wortlaut:

„Versicherungsfrei ist die Tätigkeit von Zwischenmeistern, die nicht den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stück beziehen.“

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt kann mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Tätigkeit weiterer Gruppen von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern von der Versicherungspflicht befreien. Er kann ferner mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Versicherungspflicht von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern, die gemeinschaftlich arbeiten, abweichend von den sonstigen Bestimmungen dieses Gesetzes regeln.“

Eine positive Regelung sieht der Absatz 1 des § 75c vor. Er bestimmt, daß die Tätigkeit von Zwischenmeistern versicherungsfrei ist. Damit zielt der Paragraph auf den § 18 des SVA ab und schließt solche Zwischenmeister grundsätzlich von der Versicherungspflicht aus, die den überwiegenden Teil ihres Verdienstes nicht aus eigener Arbeit am Stück beziehen und mehr als 3600 Mk. Einkommen im Jahre haben.

Nach § 75c Abs. 2 wurden dem Verwaltungsrat zwei verschiedene Ermächtigungen gegeben. Er kann weitere Gruppen von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern von der Versicherungspflicht befreien, und er kann auf die

Arbeitsgemeinschaften eine von den sonstigen Bestimmungen des Gesetzes abweichende Regelung der Versicherungspflicht beschließen.

Neben dem § 75c wurde durch die Novelle vom 12. Oktober 1929 dem SVA noch folgender § 116a eingefügt:

„Über die Arbeitslosenunterstützung für: 1. Personen, die unfähig beschäftigt zu sein pflegen, 2. Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter kann der Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers Vorschriften erlassen, die von denen der Paragraphen 87 bis 118 abweichen.“

Außerdem hat die Novelle vom 12. Oktober 1929 den § 206a geschaffen, der folgenden Wortlaut hat:

„Unbeschadet der besonderen Bestimmungen, die nach diesem Gesetz für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter bestehen, gelten Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter im Sinne dieses Gesetzes als Arbeitnehmer.“

Die Verordnung über die Arbeitslosenversicherung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern vom 18. Oktober 1930 hat sich den § 116a in Verbindung mit § 75c zu eigen gemacht und bestimmt, daß arbeitslosenversicherungsfrei ist:

1. die Beschäftigung von Ehefrauen als Hausgewerbetreibende oder Heimarbeiterinnen, soweit durch diese Beschäftigung nicht mehr als 12 Mk. wöchentlich verdient werden;
 2. die Beschäftigung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern, die mehr als zwei familienangehörige Arbeitskräfte über 14 Jahre oder mehr als eine familienfremde Arbeitskraft als Hilfskräfte beschäftigen.
- Weiter ist verordnet, daß für eine in der Gemeinschaft des Hausgewerbetreibenden oder Heimarbeiters lebende und arbeitende Person, die arbeitslos wird, die Arbeitslosenunterstützung versagt werden kann.

Die Auswirkung der Verordnung vom 18. Oktober 1930 hat bereits Früchte gezeitigt, die wie folgt zusammengefaßt werden können: Noch größere Not und Entbehrung in der Hausindustrie als in der Vergangenheit, rückwärtiger Lohndruck in erhöhtem Maße, erhöhte Belastung des Wohlfahrts-etats der Gemeinden. Nunmehr verlangt die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931, daß der § 75c Abs. 2 SVA folgende Fassung erhält:

„Im übrigen ist die Beschäftigung von Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern versicherungspflichtig, soweit der Verwaltungsrat der Reichsanstalt dies mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers anordnet.“

Die Bestimmung der Verordnung vom 5. Juni 1931 zum § 75c Abs. 2 SVA ist dem Brauns-Gutachten entnommen und bedeutet die Herausnahme der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung. Während bis zur Verordnung vom 18. Oktober 1930 die Versicherungspflicht unbeschränkt und von da an zwar beschränkt, aber für weite Teile der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter immer noch bestand, sind jetzt Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter versicherungsfrei, soweit nicht die Versicherungspflicht angeordnet wird. Dieser Teil der zweiten Notverordnung des Reichspräsidenten tritt mit dem 1. November 1931 in Kraft, vorausgesetzt, daß vorher nichts anderes angeordnet wird.

Das ist der Erfolg der Sozialreaktion gegen die Heimarbeiter, des unehelichen Treibens einer Reihe Unternehmergruppen, deren Bestreben seit Jahren war, die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung zu verdrängen, um zu erreichen, von den Arbeitgeberanteilen befreit zu werden. Ihr Ziel haben die Unternehmer nicht erreicht; denn die zweite Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 bestimmt, daß wohl Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter aus der Versicherung ausscheiden, wenn vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt nichts anderes bestimmt wird, aber die Arbeitgeberanteile müssen weitergezahlt werden.

Da haben wir nun die Befreiung! Das Kind ist in den Brunnen gestossen. Wird es ertrinken? Wir leben in einer Zeit, in der Teile des Unternehmertums und urteillose unwissende Nachläufer mit dem wertvollsten Gut der Gesellschaft, der menschlichen Arbeitskraft, Schindluder treiben. Diesen Schindludern in der kulturellen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Entwicklung der Menschheit müssen die Krallen gestakt werden.

Uns graut vor der Auswirkung, wenn die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden. Wir warnen daher die Reichsanstalt vor völliger Herausnahme. Wir erwarten vielmehr, daß die Reichsanstalt von ihrem Recht in der Form Gebrauch macht, daß die ursprüngliche Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter, wie sie vor der Novelle vom 1. Oktober 1929 war, wieder hergestellt wird.

S. Eklein.

Literarisches.

„Nationalsozialismus und Beamtenpolitik“ von Dr. Helmut Klotz; Verlag der SPD-Korrespondenz, Berlin NW 87, Siegmundhof 12; 1931. Preis 50 Pf. In der vorliegenden Schrift kommen die Führer der Hitlerpartei h ö c h s t e i b e r die Theorie und Praxis nationalsozialistischer Beamtenpolitik zu Wort; T a t s a c h e wird an d a s f a c h e gestellt. Wenn das Resultat dieser Methode ein verächtliches Endergebnis über die Beamtenpolitik der Hitlerpartei ist, dann ist dies die Frucht der inneren und äußeren Unmohchbarkeit des Nationalsozialismus.

„Erhebung über das Arbeiten an Schreibmaschinen“. 1. Heft der sozialistischen Schriften des Allgemeinen freien Angestelltenbundes. Freier Volksverlag, G. m. b. H., Berlin NW 40, Werlstraße 7, 48 Seiten, Kupferst., Preis 1,25 Mk. für Organisationsmitglieder 80 Pf. Die Broschüre ist unter fachlicher Mitarbeit geschrieben und dürfte für alle beteiligten Kreise wertvolle Aufschlüsse und Anregungen bringen.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Eberhard Leipart, Schriftleiter: Lothar Erdmann. Heft 5 1931. Herausgeber des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6a. Abonnementspreis vierteljährlich 3,00 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk.

„Wohnungs-Wirtschaft“. Herausgeber: „Demog“, Deutsche Wohnungsfrage-Gesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Berlin S 14, Wallstraße 38. In dem vorliegenden Doppelheft 9/10 finden wir eine überaus interessante Beschreibung der „Deutschen Bauausstellung Berlin 1931“. Für den Arbeitnehmer besonders bemerkenswert sind die photographischen Aufnahmen des von dem freien Gewerkschaftsbund besetzten Teiles der Bauausstellung in Halle VI, Stand 634.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Das Klassenlos.

Von Jo Hanns Köpfer.

Subsens und Wabsens haben ein Lotterielos. Eigentlich haben sie zwei Lotterielose. Subsens haben eins und Wabsens haben eins. Nun sind der Subsens an Wabsens Lotterielos beteiligt und Wabsens an Subsens Lotterielos. Wenn Subsens gewinnen, kriegen Wabsens von Subsens die Hälfte davon. Wenn Wabsens gewinnen, kriegen Subsens von Wabsens die Hälfte davon. Und da sie beide das erstmal in der Lotterie spielen, sind sie überzeugt, daß sie natürlich gewinnen müssen.

Der Tag der Ziehung kommt. Verta Wabs und Bruno Wabs sitzen auf dem Sofa. „Heute ist Ziehung, Männer!“, sagt Verta Wabs. „Stimmt. Heute ist Ziehung.“ „Wenn unser Los gewinnt, sind wir die Dummen.“ „Das kann man nicht sagen“, meint Wabs, „ebensogut kann Wabsens Los gewinnen, und dann sind die die Dummen.“ „Ja, aber wenn unser Los gewinnt, sind wir die Dummen. Da setzen uns die bloß an.“ „Wir werden sehen, wer gewinnt.“ „Wer wird schon gewinnen? Die Leute haben Glück. Wir werden gewinnen, und sie werden das halbe Geld kriegen. Wenn wir Glück hätten, würden sie gewinnen, und wir bekämen von ihnen das halbe Geld.“ „Das ist doch rum wie num. Das bleibt sich doch Wurf wie Schale.“ „Wieso denn? Wenn wir gewinnen, hat der liebe Gott mit uns ein Einsehen und schickt uns das Geld“, läßt die Frau nicht locker, „das Geld gehört unser.“ „Und wenn Wabsens gewinnen?“ „Die gewinnen nicht.“ „Aber wenn sie doch gewinnen?“ „Dann ist das was anderes. Dann haben sie nur gewonnen, weil wir zur Hälfte daran beteiligt sind. Dann müssen wir natürlich das Geld kriegen.“

Wichtig klingelt es. Verta Wabs steht auf, um zu öffnen. Juvor guckt sie durch den Gucker. Die Wabsens kommen! „Sagt sie zurück. Dann öffnet sie. Familie Wabs tritt ein. Ganz aufgeregt. Ganz aufgelöst. Ganz aus dem Häuschen. „Was ist'n los? Was habt ihr denn? Was brennt's denn?“ „Meinst Verta um sie.“

„Ach, liebe Freunde —“ „Was denn? Au redet schon!“ „Wir haben gewonnen — heute — das große Los!“ „Wabsens bleibt die Spucke weg.“ „Ihr habt gewonnen!“ „Wir — wir — Sie und ich — haben gewonnen.“ „Auf ever Los?“ fragte Wabs. „Rein. Eure Nummer ist gezogen worden.“ „Das schlägt der Verta Wabs den Boden an.“ „Siehst! Siehst! Hab ich's nicht gleich gesagt? — Also schön, wir haben gewonnen. Ihr habt nicht, ihr guckt in Mond.“ „Siehe Frau“, mischt sich jetzt Wabs in das Gespräch, „das heißt sich doch Wurf wie Schale, das bleibt sich doch rum wie num. Wir haben beide Lose zusammengenommen. Wenn wir gewonnen hätten, wart ihr genau beteiligt, genau, wie wir jetzt bei euch.“ „Ihr habt aber nicht gewonnen. Da liegt der Hase im Pfeffer. Wenn ihr gewonnen hättet, hättet ihr eben gewonnen. Wenn wir gewonnen haben, haben wir gewonnen. Da gibt's nichts daran zu trauern.“

„So? So?“ baut sich jetzt die Wabsen auf, „wir haben doch die Lose in Kompanie genommen.“ „Kompanie ist Lumperie. Wenn ich heute eine Siege habe und ein anderer hat eine Kuh, gehe ich mit ihm in Kompanie. Wenn er aber auch bloß eine Siege hat, werde ich doch nicht mit ihm in Kompanie gehen. So dumm!“ „Rein, Sie mit der Siege etwa meine Frau?“ schnappt Wabs ein. „Das können Sie halten, wie Sie wollen. Das können Sie verlassen wie Gottlieb Schulze. Wir haben gewonnen und damit basta.“

„Ach, liebe Freundin“, stößt jetzt die Wabsen. „Sie hätten wohl nicht gewonnen, wenn wir gewonnen hätten?“ „Wir? Nicht einen Pfennig! Nicht einen Pfennig. Sage ich Ihnen. Eben habe ich noch mit meinem Mann gesprochen — Bruno, was habe ich gesagt? — Eben habe ich gesagt: Wenn Wabsens gewinnen, das sind gute Freunde von uns, da nehmen wir nicht eines Groschen. Die Leute brauchen das Geld nötiger. Habe ich das gesagt, Bruno? Ja oder nein?“ „Ja, das hast du gesagt. Aber wie die Sache jetzt einmal liegt.“

„Was liegt? Wer liegt? Wer hat gewonnen?“ „Sie, Frau Wabs“, sagt Wabs, „und Sie haben ganz recht, wer gewinnt, soll sein Geld behalten. Wir werden uns doch deswegen nicht zerstreuen.“

„Sagen Sie, das ist ein vernünftiges Wort“, kündigt ihm die Wabsen mit einem vergnügten Querschnitt auf den Rücken, „unsere Freundschaft ist mehr wert als Geld. Sie haben Ihr Los, wir haben unser Los. Dankmal! Reden wir nicht mehr darüber und bleiben wir Freunde.“

„Einsverständnis!“ „Die Kompanie ist also aufgehoben?“ vergewissert sich die Wabsen nochmals.

„Ich hiermit aufgehoben, Hand darauf!“ „Hand darauf. Ihr habt's gehört. Und nun wollen wir mal einen kleinen Kaffee kochen. Sie trinken doch ein Läßchen Kaffee bei uns.“ „E Frau Wabs?“

„Wabs nicht nur. Reden kann sie nicht. Sie laßt. Sagen Sie, nun lassen Sie wenigstens wieder. Was hat Sie denn? Was lassen Sie denn?“ „Die Wabsen kann nur Lachen nicht weiter. Ihr Mann laßt mit. Immer mehr.“

„Na, warum laßt ihr denn? Was habt ihr denn?“ „Da geht Wabs die Ziehungslücke aus der Tasche und sagt: „Rein, gefallen! — Ihr habt gar nicht gewonnen — unser Los hat gewonnen — zweiwundertausend — jetzt seid ihr die Gekauerten!“

Verta Wabs und Bruno Wabs sehen da wie von der Kack geblieben. Die Frau findet zuerst die Sprache wieder. „Na, was habe ich gesagt?“ fängt sie ihren Mann an, „du sagst auch auf jeden Dank rein — So, also ever Los hat gewonnen? Dann gratuliere ich auch. Wieviel fällt denn auf unseren Kack?“

„Nicht, gar nicht“, läßt jetzt die Wabsen auf hohen Pferd. „Sie haben doch die Kompanie aufgelöst.“ „Aber das war doch nur Spaß. Das gilt doch nicht. Man wird doch unter allen Umständen noch einen Grosch verlieren. Wir hätten auch doch nie um das beschriebene Geld gebracht. So etwas sind wir gar nicht kackende.“

„Da sind Sie auf dem Schwarz, meine verehrte Frau“, läßt Wabs auf, abgeprochen ist abgeprochen. Wir haben

geprüft, wie Sie sich im Gewinnfalle verhalten, und Sie sind prompt darauf hereingeflogen.“

„Was? Mich verhöhlt? Sie — Sie Kavallerie in Socken, Herr! Sie sind wohl vom weißen Elefanten gestreift. Minna, es gibt keinen Kaffee, lassen Sie ihn draußen — wir werden ja leben — andere Leute betragen — immer gehen Sie, immer gehen Sie — es gibt noch Richter — wir sprechen uns wieder — ich werde euch zeigen, wo Rom wohnt — Sie Lotterielosspieler!“

Über Wabsens sind schon längst gegangen. Verta Wabsens Wutblasen zerplatzen in nichts. Endlich entdeckt sie ihren Mann. „Und du bist an allem dran schuld“, geht sie auf ihn los, „feine Leute hast du als Freunde, das kann man wohl sagen, feine Leute hast du. Oder wäre es mir eingefallen, wenn wir gewonnen hätten, andere Menschen um ihr Geld zu betrügen?“

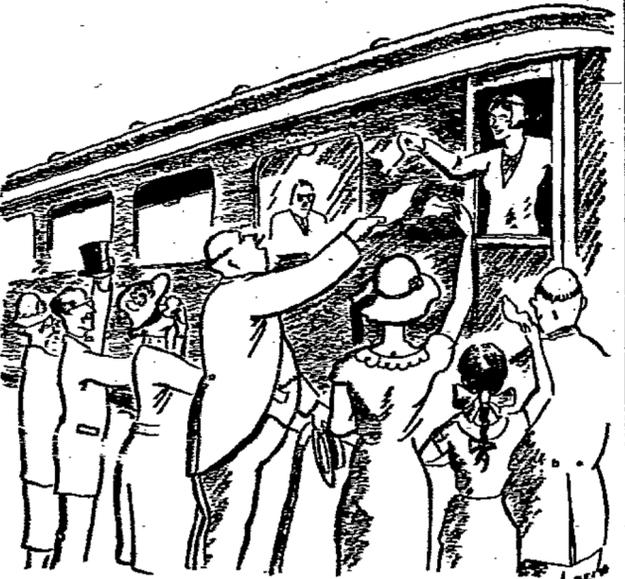
Anneliese wird Schauspielerin.

Von Felix Langer.

Fräulein Anneliese Zimperlein war in Primmeltal bei Rosenbergl die Tochter des dortigen 9. Jähkers und seiner Gattin, geborenen Traube. (Die Namen sind erfunden, das sei ausdrücklich festgesetzt, um den Anschein der Indiskretion zu vermeiden.) Fräulein Anneliese Zimperlein war der Stern des Dilettanten-Theaters „Orion“, das unter Leitung des Herrn Lehrers Bachel, „Die Jungfrau von Orleans“ zu mehrfacher Aufführung brachte. Sie spielte die Jungfrau, für die sie alles mitbrachte, was der Titel des Stückes verlangte. Ihr Erfolg festigte ihren Entschluß, Schauspielerin zu werden. Sie war als „modern“ verschrien, weil sie Bücher aus einer Berliner Leihbibliothek bezog, als erste den Bubikopf und kurze Röcke trug und einen soliden Heiratsantrag (Firma Berger, Dürme en gros) wegen mangelhafter Bildung des Bewerbers ausschlug. Es wunderte keinen, als sie einen Brief vorlegte, der sie zur Ablegung der Aufnahmeprüfung in einer Schauspielschule mit berühmtem Namen nach Berlin berief. Es gab einige hässliche Szenen, an denen außer ihren Eltern noch effliche Onkel und Tanten und schließlich beinahe ganz Primmeltal sich mit grausamen Schilderungen des großstädtischen Sündenpfahls und der höllischen Unmoral des Theaterlebens beteiligten. Anneliese blieb fest, sie siegte. Erschüttert gab ihr der ganze Ort als einer beinahe „Verlorenen“ das Geleit zur Bahn.

Anneliese hatte sich einen festen Lebensplan zurechtgelegt. Sie atmete auf, als sie im Zuge saß. Als ruhmgeliebte Schauspielerin wollte sie ihn zur Rückfahrt benutzen, nicht früher. Sie spürte fankelnde Begeisterung in sich. Kein Theaterdirektor würde ihr widerstehen können. Schon sah sie sich in großen Rollen auf großen Bühnen und die Reichshauptstadt ihr zu Füßen.

Ein freundlicher, graumelkter Herr, Reisender in Hofentagern, wie sich später herausstellte, der aus den erhörten Abschiedsgesprächen am Bahnhof erraten hatte, mit wem er im Abteil saß, begann ein Gespräch: „Fräulein, Sie müssen Künstlerin sein; das merkt man sofort!“ Anneliese empfand diese Anrede als beglückende Bestätigung, daß ihr ihre Sendung auf der Stirn geschrieben stand. In Berlin verließ sie allerdings den Zug aus einem anderen Abteil. Sie hatte für Bewunderung mancherlei Eitelkeit übrig, der Kunstfreund hatte der seinen doch ein wenig zu stürmisch Ausdruck verliehen, so daß es Anneliese für geboten gehalten hatte,



den Platz zu wechseln. Ihr Herz klopfte ein wenig. War Berlin am Ende wirklich der Sündenpfahl, vor dem man sie gewarnt hatte? Dabei war der Herr schon hinter Magdeburg in Hitze geraten.

Vom Bahnhof fort, ging sie daran, ein Zimmer zu mieten. Sie kaufte eine Zeitung und las die Annoncen. Dann fuhr sie nach dem Weizen und suchte die Monasienstraße. Schon im Antiquar hatte sie die bewundernswürdige Ähnlichkeit eines eleganten Herrn verspürt, der weise, verträumt, freundlich aussehend als der Reisende in Hofentagern. Als sie in der Monasienstraße die Hausnummer suchte, sprach er sie an: „Sie sind sicherlich fremd, mein Fräulein. Darf ich Ihnen behilflich sein?“ Da er freundlich lächelte, nahm sie dankbar an. „Sie suchen ein Zimmer? Das trifft sich ja herrlich. Ich habe eines zu vergeben. Und Sie sind Künstlerin? Ich liebe die Kunst! Ich bin glücklich, Ihnen dienen zu können!“

Anneliese folgte ihm und besah ein reizendes Zimmer mit breitem Kaminofen und großen Spiegeln, prachtvoll zum Rollenkamin, wie sie es ersehnt. Als sie die Wohnung verließ, hatte der eine Spiegel ein tiefes Loch, und der freundliche Herr blutete an der Stirn. Nicht empört war Anneliese im Primmeltaler Turnverein die erste im Disziplinarwesen, war hatte sie diesmal ihr Können mit Faser und Wasserkrug erweisen müssen, um sich der Kunstbegierde des Vermieters erwehren zu können.

Jammergehni schloß sie sich bereits sehr erfahren in Lebensdingen, als sie an der Tür der verwitweten Geheimräum Hamacher klingelte, deren Annonce sie sich angeschrieben hatte. Die verwitwete Geheimräum öffnete nur einen Spalt, soweit die Sicherheitskeife es zuließ, und tief entsetzt: „Eine ledige Dame? Schauspielerin noch dazu? Das heißt mir gerade! An Damen verleihe ich nicht!“ Schon flog die Tür zu, und Anneliese stand reichlich verblüfft an der Treppe. Die Verschiedenheit der Auffassung von Kunst und Moral, der sie binnen einer Stunde begegnet war, gab ihr zu denken. Unbetrübt eilte sie bei Frau Meyer in der Dahnmannstraße und wurde strahlend empfangen. „Sie wollen mieten, mein liebes Fräulein?“ Schon sah Anneliese am Tisch der Frau Meyer, schon trank sie Kaffee, der ihr wohl tat nach den Attacken am Morgen, und

Frau Meyer sprudelte: „Künstlerin sind Sie? Fein! Das schätz ich besonders! Vor Ihnen wohnen drei Tänzerinnen bei mir. Oh...! Das waren keine Damen! Nichts zu sagen, alles elegant! Jede hatte ihren Kavaliere! Freigeblige Herren! Da hat ein Pelzmantel keine Rolle gespielt als Geburtstagsgeschenk. Da hat es feste gegeben am Abend. Wer bei mir wohnt... Ich seh' nichts, ich hör' nichts! Diskret muß man sein! Nicht umsonst haben sie mich Mutter Meyers genannt. Und schließlich: Ich habe meinen Seligen doch nicht in der Tischlade gefunden. Was jung ist, muß jung sein! Habe ich nicht recht?“ Sie zwinkerte fröhlich erinnernd.

Es wurde Anneliese etwas bekümmert zumute, und sie suchte das Stichwort, um sich mit Anstand empfehlen zu können. Als sie hochatmend auf der Straße stand, nicht ohne versprochen zu haben, bestimmt wiederzukommen, konnte sie eine leise weltliche Sehnsucht nach Primmeltals sicheren Verhältnissen nicht unterdrücken. War es am Ende vielleicht doch verwegen gewesen, die Döbbit des Elternhauses zu verlassen, unklar, Berger, Wärme en gros, auszuschlagen und von berlinischem Kunststrom zu träumen, anstatt als „Jungfrau“ im „Orion“ sich zu beschneiden? Sie gab sich einen Ruck, blieb tapfer und wanderte weiter.

Als sie am Nachmittag endlich bei biederen Leuten gemietet hatte, mit denen eine Einigung rasch erzielt worden war, ging sie in



die Schauspielschule, wo sie um fünf Uhr vorsprechen sollte. Vierzig Mädchen und Jünglinge warteten mit ihr zusammen auf das Erscheinen der Aufnahmekommission, die schließlich erschien, umständlich Platz nahm und mit der Prüfung begann. Mit unerschütterter Miene saßen die Examinatoren da und hörten Maria Stuart lamentieren, Posa von Menschenkenntnis schwärmen, Wilhelm Tell den Ochsler anklagen, Ophelia in holdem Wahnsinn vergehen, Lear seine Tochter verfluchen und dergleichen klassische Beispiele menschlicher Leidenschaften mehr, bevor Anneliese an die Reihe kam. Haltung annahm und ihre „Jungfrau“ hinlegte. Sie war ein wenig befangen vor den Geschickern, in denen keine Miene zuckte, als seien sie die Masken der Totenrichter im Hades. Sie nahm sich zusammen, und was an Inbrunst die Primmeltaler im „Goldenen Ochsen“, wo der „Orion“ strahlte, hingerissen hatte, goß sie in Johannes Abschied von den geliebten Heimatfluren, wobei sie ihren Abschied von Primmeltal mit dem Jeanne d'Arc identifizierte. Der Raum versank um sie, sie trug keinen Wollweater mehr, sondern eine schimmernde Rüstung, obzwar diese erst der Johanna späterer Jahre gemäß war, sie blutete aus tausend Herzwunden, und ihre Stimme gab Lehtes her, als gelte es, verprengte Truppen mit Tabaksmünzen zu sammeln. Sie war so hingerissen von sich selbst, daß sie nicht merkte, wie die Starrheit ihrer Richter sich allmählich löste, wie ein Lächeln die Miene in Unordnung brachte, wie rückweise die Körper in Bewegung gerieten, wie allmählich das Lächeln sich in Gelächter verwandelte, wie schließlich die ganze gestrenge Kommission unter dem Tische lag, anstatt auf den Stühlen zu sitzen. Sie hörte Beifall, Jubel... berauscht endete sie.

Die grinsenden Geschickter der Prüfungskollegen brachten sie zum Bewußtsein. Uhal Kollegenleid! Da war er schon! Sie hatte von bergischen schon öfters gelesen. Mit Verachtung abtum, schien ihr die beste Verhaltensregel in solchem Falle, und sie wandte sich mit besonnder Bewegung den Prüfern zu, die unter dem Tische hervor allmählich auf ihre Plätze zu gelangen suchten, wobei effliche sich die Kränen (der Nahrung, stellte Anneliese fest) aus den Augen wischen.

„Fräulein Zimperlein“, sagte der Vorsitzende, „Sie sehen den Eindruck, den Sie hervorgerufen haben. Sie sind die glänzendste Komikerin, die wir jemals gesehen haben. Vorläufig allerdings, wie soll ich es ausdrücken, nicht bewußt komisch, sondern... ah... ah... unbewußt. Unfreiwillig sozusagen. Doch das wird sich ändern lassen. Jedenfalls haben wir eine solche Auffassung der „Jungfrau“, wie die Ihre es ist, noch nicht kennen gelernt, und wir sind Ihnen dankbar für den Genuß, den Sie uns bereitet haben. Wir nehmen Sie in unsere Schule auf und werden eine fabelhafte komische Alte aus Ihnen machen. Der nächste, bitte.“

Anneliese stand da wie mit kaltem Wasser übergossen. Sie brachte kein Wort heraus, sie wandte auf die Straße, sie landete in ihrem Zimmer, dann sank sie auf das Sofa... Was sie vernommen hatte, schien ihr giftigster Hohn, Spott und schmachvolle Beleidigung. Sie, mit ihrem heiligen Feuer im Busen, hatte komisch gewirkt, sie, mit ihren neunzehn Lenzen, sollte eine komische Alte werden? Ja, verstanden diese... diese Kunststücken überhaupt etwas von echter Kunst? Ja, war denn dieses Berlin ganz von Gott verlassen? Ja, mußte man denn wirklich nach Primmeltal gehen, um Verständnis für echte Kunstbegeisterung zu finden? Anneliese sagte einen Entschluß: sie packte ihren Koffer, einigte sich mit dem Wirtshausbesitzer über den Tagespreis für das Zimmer und fuhr mit dem letzten Zuge zurück nach Primmeltal, das sie am Morgen hochgemut verlassen hatte. Frei nach Julius Caesar sagte sie sich: Liebe in Primmeltal die „Jungfrau“ als in Berlin eine komische Alte! Sie war eben eine echte Idealistin, die nicht wußte, daß jed Kunstfach seinen Geldwert hat, der über seinen Kunstwert in Berlin entscheidet.

Mit offenen Armen empfing sie die Familie, mit einem Lorbeerkranz der „Orion“. Stürmischer Beifall und Kränen echter Achtung dankten ihr, als sie wiederum die Jeanne d'Arc spielte, und die maßgebenden Beurteiler waren sich einig darüber, daß Primmeltal als Kunststadt unbedingt der Rang vor Berlin gebühre. Abirrgens konnte man wenige Wochen später die Verlobung Annelieses zur Kenntnis nehmen. Dürme en gros hatten gefügt, so daß die Ehezeit endgültig befristet war, daß aus der „Jungfrau“ eine komische Alte werden konnte.